Der Sozialismus

1. Der Sozialismus — das Ziel der Arbeiterbewegung!

Der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz. Von Anbeginn empfanden die Arbeiter den Gegensatz zu den Kapitalisten, und kaum daß die moderne Industrie die Arbeiter in das tiefste Elend hinabstürzte, erhoben sie sich da und dort zum Kampf. Freilich war es kein planmäßiger Kampf einer organisierten Armee; es war ein wilder Kampf der Enterbten, die sich an verschiedenen Orten gegen ihre Ausbeuter zur Wehr setzten. Sie sahen begreiflicherweise nur, was ihnen in die Augen stach. Da stand die schmutzige Fabrik vor ihnen, deren Tor sich des Morgens hinter ihnen schloß und die sie erst verlassen durften, wenn die Sonne sank. Gegen die Zwingburg zu stürmen, die sie gefangen hielt: das war der nächstliegende Gedanke. So leuchtete denn in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der lodernde Brand zerstörter Fabriken gen Himmel. Der Feuerschein gab Kunde von dem Aufbäumen der Scharen, die der aufstrebende Kapitalismus zur Fronarbeit zwang. Da standen die Maschinen, die Ungetüme, zu deren Bedienung das Kapital Frauen und Kinder aus der Wohnstube gerissen hat; da surrten die eisernen Kolosse, welche die Männer aus der Werkstätte verdrängt hatten. Leblose Ungeheuer arbeiteten statt der Menschen und die Menschen mußten hungern. War's ein Wunder, daß der Arbeiter, der wegen der Maschine brotlos wurde, die Maschine als seinen Feind betrachtete, der an allem Elend schuld sei? Los auf die Maschinen! ward die Parole im Kampfe. Das Zerstören der Maschinen nahm vor hundert Jahren in England derart überhand, daß man darauf die Todesstrafe setzte. Auch in vielen Gegenden Oesterreichs erstürmten in den Vierzigerjahren des 19. Jahrhunderts empörte Arbeiter so manche Fabrik und vernichteten die Maschinen, durch deren Einführung sie dem Hunger überliefert worden waren. Die Arbeiter von damals erkannten ihren wahren Feind noch nicht. Sie dachten noch nicht daran, daß die Maschinen nur Unheil stiften, weil sie in den Händen der Kapitalisten sind, und erhofften eine

Linderung ihres Elends, wenn die Wiederherstellung der alten Produktionsverhältnisse gelinge.

Dieser Gedanke, der heute noch große Massen der Handwerker beherrscht, blieb auch unter den Arbeitern noch lange lebendig. Vereinzelt kommt er heute noch vor. So haben im Jänner 1913 in Lemberg arbeitslose Schuhmacher die Auslagenfenster des Ladens einer Schuhfabrik zertrümmert und die Waren vernichtet. Häufiger als die Zertrümmerung der Maschinen strebten die Arbeiter in früherer Zeit ein gesetzliches Verbot der neuen Arbeitsmittel an. Von der Hemmung der kapitalistischen Entwicklung durch zünftlerische Gesetze erhofften nicht bloß Kleinbürger die Erhaltung ihrer Selbständigkeit, sondern auch Arbeiter eine bessere Zeit.

Erst der Sozialismus verschaffte den Arbeitern einen Einblick in das Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zeigte ihnen, worin ihr Elend wurzelt, und wies ihnen den Weg, es zu beseitigen.

Worin besteht denn die Ausbeutung? Der Kapitalist geht auf den Markt und holt sich Arbeiter. Er bietet ihnen für den zehnstündigen Arbeitstag Lohn an, zum Beispiel 4 Kr., so viel, wie der Arbeiter für sich und die Seinen zum notdürftigen Lebensunterhalt braucht. Er legt dem Arbeiter Werkzeug und Material hin und dieser beginnt nun mit der Arbeit. Er soll schneidern. Um 7 Uhr früh hat er begonnen. Ehe er mittags die Arbeit unterbricht, ist eine Hose fertig geworden. Wie er sie ansieht, beginnt er zu denken: Der Stoff, den ich verarbeitet habe, war samt Zugehör 10 Kr. wert. Für die Hose zahlt jeder Käufer 14 Kr. Durch meine Arbeit ist Wert entstanden, just so viel, wie mein Taglohn ausmacht. Der Geldmann, der dem Schneider vier Kronen versprochen hat, bekommt sie sofort wieder herein, wenn der nächste Käufer die Hose nimmt. Damit begnügt er sich aber nicht; er will ja Profit. Wozu sollte er sonst die Arbeiter anwerben? Der Schneider muß nach dem Essen wieder kommen. Vor Feierabend hat er abermals eine Hose fertig, wieder vier Kronen Wert geschaffen. Sie sind der Gewinn des Händlers, der keinen Finger gerührt hat. Er hat den Schneider nicht geprellt. Sie hatten ja miteinander vereinbart, daß des Schneiders Lohn für den ganzen Tag vier Kronen sei. Der Arbeiter erhält den Lohn; der Wert, den er schafft, gehört dem Kapitalisten. Und der Lohn ist stets nur ein Bruchteil des Wertes, den der Arbeiter schafft. Je rascher der

Arbeiter zu arbeiten vermag, desto mehr Wert schafft er dem Kapitalisten. Der Lohn ist im Durchschnitt so groß, daß der Arbeiter eben knapp davon leben kann. Der Wert, den er schafft, ist weit größer; er eignet dem Kapitalisten. Der Arbeiter muß mit seinem Lohn auf dem Markt von dem kaufen, was er selbst erzeugt. Wenn viele Arbeiter zusammen arbeiten und jedes einzelnen Werk und dessen Wert nicht gesondert erkennbar ist, bleibt dennoch das Verhältnis das gleiche. Die Sache erscheint so einfach und doch dauerte es lange, ehe die Arbeiter sahen, worin ihre Ausbeutung besteht. Im finsteren Mittelalter war's deutlich: Drei Tage in der Woche arbeitete der Bauer auf dem eigenen Grunde, drei Tage bestellte er das Feld des Herrn. Der Frondienst war ein harter Zwang, aber die Ausbeutung lag klar zutage, während sie heute verschleiert ist. Dennoch dringt die Erkenntnis vor, und der Kampf um den Wert, den die Arbeit geschaffen hat, zieht immer weitere Kreise.

Sich einen stets größeren Anteil am geschaffenen Wert zu erobern, muß das nächste Ziel der Arbeiter sein; die Zeit, in der sie Mehrwert für den Kapitalisten schaffen, möglichst stark abzukürzen, muß ihre nächste Aufgabe sein. Die Produktionsmittel, die dem Kapitalisten die Ausbeutung der besitzlosen Proletarier ermöglichen, nicht zu zerstören, nicht zu verbieten, sondern in ihren Besitz zu bringen, muß das letzte Ziel der Arbeiterbewegung sein. Solange die Kapitalisten die Produktionsmittel (Maschinen, Bergwerke u. s. w.) besitzen und die Proletarier besitzlos sind, werden sie stets ihre Arbeitskraft den Besitzern der Produktionsmittel verkaufen müssen, um leben zu können, und so Mehrwert für die Kapitalisten schaffen. Sie können die Ausbeutung lindern, indem sie sich durch Erhöhung des Lohnes und Verkürzung des Arbeitstages einen größeren Teil vom Werte sichern, den sie geschaffen haben. Aber es kann immer nur ein Teil sein. Erst wenn die Arbeiter selbst die Herren der Produktionsmittel sind, brauchen sie nicht für andere zu schaffen, sondern können für sich selbst arbeiten und kann ihnen der ganze Wert gehören, den sie schaffen.

Man hat der Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie eine allgemeine Teilerei anstrebe. Wir sehen, daß dieser Vorwurf falsch ist. So bescheiden, wie unsere Gegner glauben, sind wir nicht. Wir wollen nicht teilen, wir wollen alles haben. Es ist das Kennzeichen gerade der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß geteilt wird. An jedem Samstag teilt der Unternehmer mit seinen Arbeitern.

Ihnen schiebt er die Lohnkronen zu, sich selbst teilt er den Löwenanteil zu, indem er sich das Arbeitsprodukt der Woche behält. Dieser Teilerei will der Sozialismus ein Ende machen, indem er die arbeitenden Menschen in den Besitz der Arbeitsmittel bringt, so daß ihnen der ganze Arbeitsertrag zufällt und sie mit niemand mehr zu teilen brauchen.

Was bedeutet der Sozialismus? Wir haben die Frage bereits beantwortet: Die Produktionsmittel sollen in den Besitz des ganzen Volkes kommen!

Und wie kann die Ausbeutung beseitigt werden? Wie kann der Zustand verschwinden, daß die Arbeiter die Früchte ihrer Arbeit mit den faulenzenden Besitzern der Arbeitsmittel teilen, und zwar so teilen müssen, daß ihnen nur Brot bleibt? Indem die Arbeiter die Herren der Arbeitsmittel werden, also die sozialistische Gesellschaft anstreben!

So sehen wir: jeder Arbeiter, der die Ausbeutung ernstlich bekämpfen will — und welcher denkende Proletarier wollte das nicht! — muß Sozialist sein; jede zielbewußte Arbeiterbewegung muß sozialistisch werden!

*

Daß die Arbeiterbewegung nicht von Anfang an sozialistisch war, darf uns nicht wundern. Sie begann ja schon zu einer Zeit, in der die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst noch jung war und in der niemand den Gang ihrer Entwicklung zu erkennen vermochte. Erst seitdem die großartige Entfaltung der Produktivkräfte die Ergiebigkeit der Arbeit ungeheuer gesteigert hat und immer gewaltigere Macht in den Händen einzelner Kapitalistengruppen vereinigt wird, sehen wir deutlich, wohin die wirtschaftliche Entwicklung steuert, und erkennen wir klarer, woran wir sind. Die Beseitigung der Ausbeutung durch Ueberführung der Arbeitsmittel in den Besitz des ganzen Volkes erscheint jetzt nicht nur als notwendig, sondern auch als möglich.

Darum sagt das österreichische Parteiprogramm:

„Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigen-

tums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel... seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß."

Im Erfurter Programm heißt es:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde."

Die Arbeiterbewegung mit sozialistischem Ziele hat jetzt zum erstenmal in der Geschichte Aussicht auf Erfolg, ja noch mehr: die Bürgschaft für den Sieg. Was der Wille der Arbeiter, die Sehnsucht der Ausgebeuteten ist, das ist das Ziel, dem die kapitalistische Entwicklung selbst zustrebt, für dessen Erreichung sie die wirtschaftlichen Vorbedingungen schafft. Darum konnte Lassalle den Arbeitern zurufen: „Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung. Sie können daher sich der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß sie um so sittlicher dastehen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft ist."

Sonst wäre der Sozialismus nur ein Traum, nichts weiter. Sozialistische Träumer tauchen in der Tat in der Geschichte auf, seit es eine kapitalistische Wirtschaftsordnung gibt und sogar noch länger. Aber die Besitzergreifung der sämtlichen Arbeitsmittel durch das Volk „konnte erst möglich, erst geschichtliche Notwendigkeit werden, als die tatsächlichen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. Sie, wie jeder andere gesellschaftliche Fortschritt, wird ausführbar nicht durch die gewonnene Einsicht, daß das Dasein

der Klassen der Gerechtigkeit, der Gleichheit u. s. w. widerspricht, nicht durch den bloßen Willen, diese Klassen abzuschaffen, sondern durch gewisse neue ökonomische Bedingungen. Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notdürftigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrzahl der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, so lange teilt sich die Gesellschaft notwendig in Klassen. Neben der ausschließlich der Arbeit frönenden großen Mehrheit bildet sich eine von direkt produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaften, Künste u. s. w. Es ist also das Gesetz der Arbeitsteilung, das der Klassenteilung zugrunde liegt. Aber das hindert nicht, daß diese Einteilung in Klassen nicht durch Gewalt und Raub, List und Betrug durchgesetzt worden und daß die herrschende Klasse, einmal im Sattel, nie verfehlt hat, ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse zu befestigen und die gesellschaftliche Leitung umzuwandeln in gesteigerte Ausbeutung der Massen ... Die Möglichkeit, vermittelst der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum erstenmal da, aber sie ist da". (Engels.) Der Kapitalismus hat die Ursachen der Spaltung der Menschen in Klassen aus der Welt geschafft; er hat in den großen Fabriken, in den riesenhaften Verkehrsanlagen die Arbeitsstätten der Zukunft angelegt und eine ungeheure Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit ermöglicht. Er hat es dazu gebracht, daß das Privateigentum mehr und mehr überflüssig wird. Er schafft und stärkt das Proletariat, das der Todfeind dieser Wirtschaftsordnung sein muß, die den Ertrag der Arbeit den Arbeitenden vorenthält und sie mit kärglichem Lohne abspeist. So verbürgt die kapitalistische Entwicklung dem Proletariat den Sieg, wenn es den Willen hat, die Ausbeutung zu beseitigen.

Es muß den Willen haben und dafür kämpfen, denn niemand anderer hat ein Interesse daran. Darum ist die Sozialdemokratie

eine Arbeiterpartei, ist sie die Arbeiterpartei: weil nicht bloß ihre Gegenwartsforderungen, sondern auch ihr letztes Ziel durch das Interesse der Arbeiter bestimmt sind, nur die Arbeiter als Klasse ein Interesse daran haben, sie durchzuführen. Die Sozialdemokratie ist also eine Klassenpartei, die Vertretung der Arbeiterklasse. Arbeiter aber sind nicht nur die, die so heißen, vielmehr auch solche, die es nicht zu sein scheinen, die es gar nicht sein wollen. Die meisten Angehörigen des neuen Mittelstandes, die alle möglichen Titel haben: was sind sie anderes als Lohnarbeiter? Große Massen aus dem alten Mittelstand, kapitalshörige Handwerker, arme Kleinbauern und Häusler gehören ihrer Wirtschaftslage und ihren Interessen nach zur Arbeiterklasse. Mit Fug und Recht, ohne ihren Klassencharakter aufzugeben, tritt die Sozialdemokratie als ihre Sachwalterin auf. Das Klasseninteresse, das sie vertritt, wird heute das wahre Gesamtinteresse. Denn die Arbeiterklasse, in dem oben bezeichneten Sinne genommen, bildet in entwickelten Ländern zwei Drittel, sogar vier Fünftel der Nation. Nicht die sogenannten „Volksparteien", die aller Klassen Interesse zu vertreten vorgeben, sich aber, vor eine Entscheidung gestellt, stets als Vollstrecker des Willens der besitzenden Minderheit zeigen, vertreten das wahre Gesamtinteresse. Nur wer rücksichtslos das Arbeiterinteresse wahrt, handelt im Sinne der übergroßen Mehrheit, der Gesamtheit, handelt wahrhaft national. „Wer dafür kämpft, den Massen Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpft für die Stärke und Zukunft unseres Vaterlandes", sagte am 20. Mai 1904 der reichsdeutsche Staatssekretär Graf Posadowsky.

Die Arbeiterklasse strebt keine Vorrechte mehr an, keine Sonderrechte und keinerlei Unterdrückung. Sie ist, wie Lassalle sagt, „der letzte und äußerste, der enterbte Stand der Gesellschaft, welcher keine ausschließende Bedingung weder rechtlicher noch tatsächlicher Art, weder Adel, noch Grundbesitz, noch Kapitalbesitz mehr aufstellt und aufstellen kann, die er als ein neues Privilegium gestalten und durch die Einrichtungen der Gesellschaft hindurchführen könnte... Dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten daher kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller. Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft

anruft, ... der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt".

Darum schließen sich häufig der Arbeiterbewegung heute auch Intellektuelle an, die in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Vertretung der Kulturinteressen, die Kämpferin nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die geistige Befreiung des Volkes sehen, und die sich zum Verständnis der sozialistischen Bewegung hinaufgearbeitet haben. „In Zeiten, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über." (Marx.)

Den Arbeiter führt der Weg naturgemäß zur Sozialdemokratie; an ihn vor allem wendet sich die sozialdemokratische Agitation. Darum sagt das österreichische Programm:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken."

Im Erfurter Programm heißt es:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechtes, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und

die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben."

Die bürgerlichen Parteien: das sind alle, denen die heutige Gesellschaftsordnung in ihren Grundlagen unabänderlich erscheint; die meinen, daß man da und dort reformieren könne, daß aber der Grundcharakter unserer Wirtschaftsordnung, das Privateigentum an Produktionsmitteln, das die Ausbeutung des Proletariats verursacht, bleiben müsse. Sie sind darum Feinde der Arbeiter, und der Proletarier, der sich ihnen anschließt, wird sein eigener Feind, ein Gegner seiner Interessen. Dabei kommt's nicht darauf an, daß eine bürgerliche Partei in einem besonderen Fall eine Arbeiterforderung vertritt. Dadurch hört sie nicht auf, eine bürgerliche Partei zu sein. Die Lage des Proletariats zu bessern, braucht nicht bloß das Streben der Proletarier zu sein. Aber darüber hinaus die Ausbeutung nicht bloß zu mildern, sondern sie zu beseitigen: dieses Ziel hat nur die Sozialdemokratie und dadurch unterscheidet sie sich von jeder bürgerlichen Partei, mag diese noch so arbeiterfreundlich sein. Das darf kein Arbeiter verkennen.

2. Der Klassenkampf

Wir haben gesehen, wie Sozialismus und Arbeiterbewegung zu einer unlösbaren Einheit geworden sind: Der Sozialismus ist das letzte Ziel der Arbeiterbewegung; der Kampf der Arbeiter ist das Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus.

Diese Einheit war nicht immer da. Im Gegenteil! Es hat eine Zeit gegeben, in der Sozialismus und Arbeiterbewegung einander fremd und verständnislos gegenüberstanden. Die sogenannten sozialistischen Utopisten wollten von einer Arbeiterbewegung nichts wissen. Ihnen galten die Arbeiter nur als eine leidende Masse von Menschen, die gar nicht die Fähigkeit haben, selbst aus dem Elend emporzudringen. Ihnen müsse man, wie sie meinten, Hilfe von außen bringen. Die Utopisten waren keine weltfremden Menschen. Sie kannten das harte Los der Proletarier genau und kritisierten die schmachvollen Zustände ihrer Zeit unerbittlich. Aber der Weg, der ihrer Ansicht nach aus dem Elend führen sollte, war falsch. Sie kannten noch nicht die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die sich eben erst kräftig zu entfalten begonnen hatte. Deshalb irrten sie.

Sie ersehnten ein Reich der Vernunft und der Gerechtigkeit, in dem es allen Menschen wohlergehen sollte. Daß nicht jetzt schon ein solches Reich bestehe und noch immer Not und Unrecht herrschen, hat — so meinten die Utopisten — nur darin seinen Grund, daß die Menschen nicht wissen, wie ein solcher Idealstaat eingerichtet sein müsse. Wenn man's ihnen nur auseinandersetze, dann kann die Welt herrlich werden und überall Friede und Freude herrschen. „Die Menschheit ist bisher im Irrtum gewesen. Alle Menschen haben eine Binde vor den Augen gehabt. Ich brauche ihnen nur diese Binde von den Augen zu nehmen und sie werden sofort einsehen, daß die neue, moralische Welt, welche ich entdeckt habe, unvergleichlich viel schöner und besser ist als die alte, unmoralische Welt, in der wir uns abrackern und abquälen und tausendfaches Ungemach erleiden." So lehrte der Engländer Robert Owen. Wenn es aber nur von der Einsicht der Menschen abhängt, daß die Welt besser werde, dann ist's natürlich zweckmäßig, sich nicht an die einflußlosen Arbeiter zu wenden, sondern die neuen Ideen den Reichen und Mächtigen vorzutragen. Sie haben ja die Herrschaft in Händen. Gelingt es, sie für die neue Idee zu gewinnen, dann werden sie den Staat, den sie regieren, nach ihrer neuen Ueberzeugung selbst umändern. So dachte Owen und wollte — Metternich, das Haupt der europäischen Reaktion im Vormärz, für sich gewinnen! So dachte der Franzose Fourier und wartete täglich zu bestimmter Stunde auf den Millionär, der ihm das Geld bringen sollte, mit dem er in kleinem Maßstab seine Idee verwirklichen wollte. Nicht nur den Arbeitern wollten die Utopisten helfen, die ganze Menschheit sollte erlöst werden. Den Arbeitern freilich tat Hilfe am meisten not; aber selbst können sich die Arbeiter nicht helfen. Das war die Meinung der Utopisten.

Diese Art von Sozialismus hatte mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun. Eine solche bestand zwar da und dort, aber sie besaß kein einheitliches Ziel und entbehrte der klaren Erkenntnis, die ihr den richtigen Weg hätte zeigen können. Der moderne Sozialismus, die Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels, wendet sich nicht an die Reichen und Mächtigen, sondern spricht zu den Arbeitern und nur zu ihnen. Er wies der Arbeiterbewegung das unverrückbare Ziel, dem sie zustreben muß: die sozialistische Gesellschaft. Er weiß aber auch — und dadurch unterscheidet er sich von den Utopisten der Vergangenheit — nie-

mand anderer wie das Proletariat, nur die Arbeiterschaft allein kann den Sozialismus verwirklichen. Um es mit den Worten des österreichischen Parteiprogramms zu sagen:

„Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein."

Die gesellschaftliche Umwandlung kann — wie es im Erfurter Programm heißt —

„nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessestreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben".

Daß die menschliche Gesellschaft in Klassen gespalten ist, Ausbeuter und Ausgebeutete einander gegenüberstehen, hat seinen Grund nicht in der zufälligen Schlechtigkeit einzelner Menschen, sondern ist das notwendige Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung. Die kapitalistischen Klassen werden nicht aufhören zu herrschen, wenn man sie gescheiter macht. Sie werden ihre Herrschaft nicht aufgeben, wenn man sie für ungerecht erklärt. Was ist gerecht und was ist ungerecht? Was ist gut und was ist schlecht? Ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung gut oder schlecht? Sie ist das eine wie das andere. Es kommt auf den Standpunkt an, von dem aus man urteilt. Dem Arbeiter, der im besten Falle sein Darauskommen findet, oft aber geradezu hungern muß, erscheint die Welt von heute töricht, schlecht, ungerecht. Dem Kapitalisten, der immer reicher wird, erscheint sie vortrefflich. Er nennt sie schlankweg sogar „die beste aller Welten" und preist sie als die Schöpfung eines allweisen, allgütigen und allgerechten Gottes. Und von seinem Standpunkt aus hat er recht. Der Sozialismus ist keine Frage, bei der sich's um Recht oder Unrecht dreht; er ist eine Frage des Interesses und der Macht. Ihr Interesse gebietet den Herrschenden, das Proletariat niederzuhalten und auszubeuten; darum halten sie an dieser Gesellschaftsordnung fest, mag sie auch Fehler haben, die dem einzelnen Kapitalisten mitunter recht unangenehm werden. Niemand wird imstande sein, sie davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, die Arbeitsmittel ihnen zu nehmen und in den Besitz der Arbeitenden zu bringen. Man kann sie ihnen nur nehmen, nicht indem man sie überzeugt, sondern indem man stärker wird als sie und sie

— besiegt. Der Sozialismus kann den herrschenden Klassen nicht eingeredet, nicht aufgeschwatzt werden; in ihren Mußestunden mag er ihnen ein Unterhaltungsstoff sein. Eine Sache des Interesses ist er nur für die arbeitenden Klassen. Wollen sie ihm Geltung verschaffen — und dazu drängt sie, wenn sie klar denken, ihre wirtschaftliche Lage — dann müssen sie sich zum Kampfe erheben gegen die kapitalistischen Klassen.

Wenn aber die Gesamtheit der Arbeiter einen Kampf mit einheitlichem Ziele gegen die kapitalistischen Klassen führen soll, müssen mannigfache Voraussetzungen gegeben sein. Kämpfe zwischen Ausbeutern und Arbeitern hat es auch schon in der Vergangenheit gegeben. Aber sie hatten ihr bestimmtes, eng begrenztes Ziel; zwischen den Kämpfen in den verschiedenen Berufen bestand kein Zusammenhang. Die Arbeiterschaft bildete eben in der vorkapitalistischen Zeit kein einheitliches Ganzes, keine Klasse, deren Glieder gemeinsame Interessen haben. Erst der Kapitalismus hat sie erzeugt. Er hat in den Arbeitern ohne Unterschied zunächst eine gemeinsame Empfindung geweckt: den Haß gegen die Ausbeuter. Es ist falsch, zu behaupten, daß dieser erst das Ergebnis der sozialdemokratischen Agitation ist. Er ist mehr oder minder deutlich ausgeprägt bei allen Arbeitern naturgemäß vorhanden. Entspringt er doch dem Gegensatz zwischen Kapitalisten und Proletariern, der heute auch dem gleichgültigsten Arbeiter sichtbar wird und desto größere Erbitterung erzeugt, je deutlicher die Ursache dieses Gegensatzes erkannt wird. Der Haß richtet sich zunächst gegen die Person des Kapitalisten, mit dem der Arbeiter unmittelbar zu tun hat, gegen seinen eigenen „Arbeitgeber", der merkwürdigerweise so heißt, obwohl er eigentlich Arbeit nimmt und nicht gibt. Der Haß wird aber, je mehr die Erkenntnis des Arbeiters fortschreitet, zum Haß der Kapitalistenklasse, zum Haß der ganzen Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung beruht. Dieses Empfinden beseelt die Arbeiter aller Berufe, denn ausgebeutet werden sie ja alle.

Zum gemeinsamen Haß, der die Arbeiter beherrscht, gesellt sich die stets wachsende Erkenntnis der Interessengemeinschaft im Kampfe gegen die Ausbeutung, die Solidarität. Daß die Arbeiter einig sein, daß sie fest und treu zusammenstehen müssen, lehrt der Kapitalismus selbst die Arbeiter. Er hat sie zu Hunderten und oft zu Tausenden in einer Fabrik zusammengestellt, in der sie gemeinsam arbeiten müssen. Keiner schafft allein ein Ganzes, jeder

ist nur ein Teil im Riesenmechanismus, den ein Wille leitet. Disziplin ist nötig, wenn das Werk gelingen soll, Zusammenarbeiten vieler unter einheitlicher Leitung. Der Arbeiter, der nun sieht, wie notwendig in der Fabrik das Zusammenarbeiten ist und wie es ohne Disziplin nicht denkbar ist, wird leicht begreifen, daß das, was von der Arbeit für die Kapitalisten gilt, auch Geltung hat für die Arbeit gegen die Kapitalisten, für den Kampf: er muß organisiert und einheitlich geleitet sein; Solidaritätsgefühl und Disziplin muß der Proletarier wie in der Arbeit so auch im Kampfe besitzen, wenn er erfolgreich sein soll. Wenn der Arbeiter in der Fabrik gezwungenermaßen Disziplin hält, die seinem Feinde frommt, wird er sie aus Einsicht um so lieber dort halten, wo es ihm selbst zum Nutzen wird. So lehrt die Organisation der Arbeit in der Fabrik den Proletarier erkennen, wie auch sein Kampf am besten gedeihen wird.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das heute in der Arbeiterschaft wurzelt, ist um so stärker, als die kapitalistische Entwicklung die Unterschiede in der Arbeiterklasse stark ausgemerzt und die Schranken niedergerissen hat, welche die Arbeiter früher voneinander trennten. Sie hat alle Rangunterschiede verschwinden gemacht; für die große Masse der Arbeiter einer Fabrik sind die Arbeitsbedingungen die gleichen, ein einzelner kann sie für sich allein nicht verbessern. Aber auch berufliche Unterschiede trennen heute die Arbeiter nicht mehr wie einst. Die große Zahl ungelernter Arbeiter, die bald mit dem, bald mit jenem Beruf gemeinsam arbeiten, sind ein Bindemittel zwischen allen. Und dann kommen heute die Arbeiter der verschiedensten Berufe, die früher nie in Berührung traten, infolge der geänderten Arbeitsweise zusammen. Wo Angehörige von zwei Dutzend Berufen in einer Fabrik schuften, ist eine berufliche Abgeschlossenheit undenkbar. Jede Spur von Zunftgeist verschwindet; er weicht vor der Solidarität und der Disziplin, die alle beseelt.

Aber auch der Unterschied der Nation und Konfession wirkt nicht mehr hemmend. Die Ausbeutung ist international und interkonfessionell. Jüdische Kapitalisten beuten christliche Proletarier aus und umgekehrt. Deutsches Kapital ruft tschechische Arbeiter ins Land, wenn sie sich stärker ausbeuten lassen als die einheimischen. Es wandert selbst ins Gebiet fremder Nationen aus, wenn in der Ferne größerer Profit winkt als zu Hause. So waren zu An-

fang 1909 im ganzen 38.480 Millionen Franken französischen Kapitals im Ausland angelegt! Dieses Kapital „arbeitete" in mehr als 20 verschiedenen Ländern, in Oesterreich-Ungarn allein waren es 3650 Millionen Franken! Das reichsdeutsche Kapital, das außerhalb Deutschlands angelegt ist, schätzt man auf rund 10.000 Millionen Mark; Großbritanniens Gelder, die im Ausland tätig sind, werden gar auf 60.000 Millionen Mark veranschlagt. Die Kapitalisten aller Nationen und Konfessionen sind gegenüber den Arbeitern solidarisch, haben internationale Vereinigungen gegründet, unterstützen einander in den Kämpfen. So enthält der Jahresbericht der Berliner Kaufmannschaft für 1911 folgende Darlegungen:

Im vorigen Jahresbericht hatten wir auf eine steigende Internationalisierung des Kartellgedankens hingewiesen. Im Berichtsjahre konnte diese Bewegung weiter beobachtet werden. Zu einem nicht geringen Teil läßt sich diese Erscheinung zurückführen auf die immer mehr fortschreitende Internationalisierung des Kapitals und die durch sie bedingte Interessensolidarität, die zum Beispiel besonders stark in der Blei- und Zinkbranche zutage tritt. Immerhin ist die Zahl der internationalen Kartelle verhältnismäßig geringer geblieben, als nach der raschen Entwicklung, die das Kartellwesen überhaupt genommen hat, hätte angenommen werden müssen. Allerdings finden sich gerade in den größten Industriegruppen Ansätze von über die Landesgrenzen hinausgreifenden wirtschaftlichen Organisationen, so das Schienenkartell und der Schiffahrtstrust; aber auch in der Elektrizitätsindustrie, in der chemischen Industrie, in der Spinnerei und Weberei sowie in anderen Erwerbszweigen sind verschiedentlich Versuche gemacht worden, die auf eine internationale Verteilung der Absatzgebiete oder auf eine internationale Regelung der Produktion und Preishöhe abzielen."

Es besteht sogar ein internationales Kartell des Mordkapitals, das die Rüstungen der Armeen besorgt.

Dem Industriekapital stehen die Agrarier nicht nach. In einer Versammlung der tschechischen Agrarier in Prag forderte Hohenblum, der Führer der deutschen Agrarier Oesterreichs, im Februar 1913 zur internationalen Solidarität auf:

„Wir stehen gegenwärtig in einer kritischen Zeit. Die Erfolge der agrarischen Bewegung haben dazu geführt, daß sich alles, was nicht agrarisch ist, zum Kampfe gegen sie zusammenschließt, um ihr die errungenen Erfolge wieder zu entreißen. Es wird dies unseren Gegnern nicht gelingen, wenn wir Agrarier ohne Unterschied der Nationalität einig sind."

Auch die Unternehmerorganisationen knüpfen internationale Beziehungen an. Während der großen Aussperrung der Bauarbeiter Deutschlands im Jahre 1910 bestand eine Vereinbarung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mit ähnlichen Verbänden der skandinavischen Staaten, Belgiens, der Schweiz und Oesterreichs, durch die es den ausgesperrten Bauarbeitern unmöglich gemacht werden sollte, im Ausland Arbeit zu finden. Die Arbeiter müßten Toren sein, würden sie angesichts solcher Tatsachen etwa auf die Rufe hören: „Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden!" Sie müssen vielmehr alles Trennende beiseite lassen. Ob sie Weber, Eisendreher, Schuhmacher, Buchdrucker; ob sie Katholiken, Protestanten, Juden sind; ob Deutsche, Tschechen, Polen, Franzosen: sie müssen in erster Linie daran denken, daß sie Arbeiter sind und danach ihr Verhalten einrichten. Der Internationale der Ausbeuter muß die Internationale der Ausgebeuteten entgegengestellt werden.

Darum können nationale oder konfessionelle Unterschiede in unserem Kampfe keine Rolle spielen. Ohne Unterschied des Geschlechtes, des Alters, des Berufes, der Konfession, der Nation und der Rasse schart sich das Proletariat zum Klassenkampf zusammen, als eine Armee, mit einem Ziele gegen den einen Feind, der alle Arbeiter in wirtschaftlicher Abhängigkeit politischer Unterdrückung und geistiger Verkümmerung zu erhalten bestrebt ist.

Darum sagt das österreichische Parteiprogramm:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei; sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen."

Im Erfurter Programm heißt es:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Welt-

markt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

So erst gewinnt der Kampf der Arbeiter revolutionäre Bedeutung: indem berufliche und lokale Sonderinteressen zurücktreten, alle Einzelkämpfe bewußt nur als Teilgefechte des einen großen Kampfes geführt werden, wird der Kampf zum Klassenkampf, kann der Kampf ein großes Ziel bekommen, an dessen Erreichung alle Arbeiter interessiert sind: die Aufhebung der Ausbeutung, die Enteignung der Kapitalisten. Die kapitalistische Entwicklung zeigt den Arbeitern nicht nur dieses Kampfziel selbst und macht es erreichbar, indem sie die wirtschaftlichen und technischen Vorbedingungen zu seiner Verwirklichung schafft; sie hat auch selbst erst die Voraussetzungen für den Kampf geschaffen, den die Arbeiter führen müssen, um an ihr Ziel zu gelangen.

Zur Führung des Klassenkampfes bedarf es einer umfassenden Organisation und einer fortgesetzten Schulung der Kämpfer. Hier liegt die Aufgabe der Sozialdemokratie. Darüber sagt unser Parteiprogramm:

„Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie

sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird."

Im Erfurter Programm heißt es:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei."

*

Einfältige Leute haben oft erklärt, der Klassenkampf sei eine Erfindung der Sozialdemokratie, die das Proletariat absichtlich „verhetzen" wolle. Diese Leute denken so wenig, daß sie gar nicht wissen, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist, daß Unterdrücker und Unterdrückte einander stets bekämpft haben. Die Klassen wechselten, aber der Kampf zwischen den herrschenden und den unterdrückten Klassen hat niemals aufgehört. Das ist ganz selbstverständlich. Wo Interessengegensätze vorhanden sind, muß Kampf entstehen. Kapitalisten und Proletarier stehen zueinander in schärfstem Gegensatz. Denn jene eignen sich den Wert der Produkte an, den diese erzeugen. Der Kampf um den Anteil am geschaffenen Wert ist eine notwendige Folge davon. Denn würden die Arbeiter ruhig bleiben, so würde sie der Kapitalismus, wie wir früher gesehen haben, in immer tieferes Elend hinunterstoßen. Sie erhoben sich zuerst nicht zum Angriff, sondern zur Abwehr; ihr erster Kampf galt der Verteidigung gegen die maßlose Ausbeutung, zu der sie der aufstrebende Kapitalismus gezwungen hat. Erst später konnten die Arbeiter zum Angriff übergehen und sind auch heute noch oft genug zur Verteidigung ihrer Stellung genötigt. Die Sozialdemokratie erscheint in der Geschichte erst zu einer Zeit, in der das Proletariat schon zu kämpfen begonnen hat. Sie hat die Kämpfe nicht erst erzeugt, sondern sich nur die Aufgabe gestellt, die proletarischen

Truppen kampffähig zu machen und zu erhalten, ihnen das Ziel zu weisen, dem sie zustreben müssen, und die Mittel zu zeigen, die dazu nötig sind. Die Sozialdemokratie hat den Klassenkampf nicht erfunden. Sie organisiert ihn nur, da er gekämpft werden muß und ohne ihn die Arbeiter ihr Ziel nie erreichen können. Wir müssen durch den Kapitalismus durchgehen, um zur sozialistischen Gesellschaft zu gelangen. Unser Weg ist dornenvoll, denn wir finden nicht freie Bahn, sondern müssen uns durchkämpfen — Schritt für Schritt. Wer die Interessen des Proletariats vertritt, muß seinen Kampf mitkämpfen, die Waffen für den Kampf schmieden helfen. Wer der Arbeiterschaft vom Klassenkampf abrät oder ihr im Kampf in den Rücken fällt, ist ein Verräter an den Interessen des Proletariats.

Ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Arbeiter zum Klassenkampf zu erziehen, so ist es natürlich umgekehrt das Bestreben der herrschenden Klassen, die Arbeiter der Idee des Klassenkampfes abspenstig zu machen. Das tun sie auf mannigfache Art. Sie säen Mißtrauen in den Reihen des Proletariats und lassen die Vorkämpfer der Arbeiter begeifern. „Wer sich für die Arbeiter erhebt, muß den Giftbecher der Verleumdung bis zur Neige leeren." So schrieb Lassalle einmal an Marx. Kapitalistensöldlinge haben das Schlagwort von den „Arbeiterkreuzern" in die Massen geworfen, obwohl es just diejenigen, die von den der Arbeiterschaft erpreßten Millionen leben, am allerwenigsten angeht, wofür der Arbeiter freiwillig Beiträge leistet. Vor allem aber gehen die Herrschenden darauf aus, die Klassengegensätze zu verdunkeln, damit die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der für sie wichtigsten Frage, der Vertretung ihrer Klasseninteressen, abgelenkt werde. In einem Lande wie Oesterreich, das von verschiedenen Nationen bewohnt wird und in dem darum leicht nationale Gegensätze lebendig werden, sind nationale Arbeiterparteien gegründet worden. Sie sind stets eine Schutztruppe der Unternehmer gewesen, deren Sold sie von der Stunde ihrer Geburt als Verräter gebrandmarkt hat.

Bedeutsamer sind die Bestrebungen der katholischen Kirche, die Arbeiter in klerikale Vereinigungen zu bringen, dem modernen Sozialismus den „christlichen Sozialismus" entgegenzusetzen. Sein Wesen wird in dem vom 15. Mai 1891 datierten Rundschreiben des „Arbeiterpapstes" Leo XIII. über die Arbeiterfrage dargelegt. Der christliche Sozialismus gibt zu, daß „infolge

der Mißstände Unzählige ein wahrhaft gedrücktes und unwürdiges Dasein führen". „Produktion und Handel sind fast zum Monopol von wenigen geworden und so konnten wenige übermäßig Reiche dem arbeitenden Stande nahezu ein sklavisches Joch auflegen." Aber was liegt daran? „Gott hat uns nicht für die hinfälligen und vergänglichen Güter der Zeit geschaffen, sondern für die ewigen des Himmels, und er hat uns die Erde nicht als eigentlichen Wohnsitz, sondern als Verbannung angewiesen. Ob der Mensch an Reichtum und an anderen Dingen, die man Güter nennt, Ueberfluß habe oder Mangel leide, darauf kommt für die ewige Seligkeit nichts an." „Diese Wahrheiten müssen in den Begüterten und Hochstehenden jeden Uebermut niederhalten und in den Armen den Kleinmut aufrichten; sie müssen den Reichen Entgegenkommen gegen die Armen einflößen und die Armen selbst zur Bescheidenheit stimmen. So wird die soziale Kluft zwischen den beiden Klassen unschwer verringert und hüben und drüben freundliche, versöhnliche Gesinnungen geweckt werden." „Es wird wahre brüderliche Liebe beide Teile verbinden." Der christliche Sozialismus verwirft also den Klassenkampf und verweist die Armen auf — Almosen.

Aber die werden nur spärlich fließen. Denn es „ist niemand verpflichtet, dem eigenen notwendigen Unterhalt oder demjenigen der Familie Abbruch zu tun, um dem Nächsten beizuspringen. Es besteht nicht einmal die Verbindlichkeit, des Almosens wegen auf standesgemäße und geziemende Ausgaben zu verzichten. Ist der Besitz jedoch größer, als es für den Unterhalt und ein standesgemäßes Auftreten nötig ist, dann tritt die Pflicht ein, vom Ueberfluß den notleidenden Mitbrüdern Almosen zu spenden. Diese Pflicht ist jedoch nicht eine Pflicht der Gerechtigkeit, den Fall der äußersten Not ausgenommen, sondern der christlichen Liebe, und darum kann sie auch nicht auf gerichtlichem Wege erzwungen werden". Da man wohl alle Ausgaben, die jemand macht, für standesgemäß erklären kann, bleibt nach dieser Theorie den Armen wenig Hoffnung auf milde Gaben.

Auch der Staat soll sich ihrer annehmen, um „ihnen einen entsprechenden Anteil am Gewinn der Arbeit zuzusichern; die Arbeit muß ihnen für Wohnung, Kleidung und Nahrung so viel abwerfen, daß ihr Dasein kein gedrücktes ist". Aber wer entscheidet, ob das Dasein gedrückt ist oder nicht? Schließlich sorgt auch die Kirche für die Arbeiter. „Schon durch ihre Anleitung zur Sittlichkeit und

Tugend befördert sie zugleich das materielle Wohl; denn ein geregeltes christliches Leben hat stets seinen Anteil an der Herbeiführung irdischer Wohlfahrt; es macht Gott, welcher Urquell und Spender aller Wohlfahrt ist, dem Menschen geneigt und es drängt zwei Feinde zurück, welche allzu häufig mitten im Ueberfluß die Ursache bitteren Elends sind, die ungezügelte Habgier und die Genußsucht; es würzt ein bescheidenes Los mit dem Glücke der Zufriedenheit, findet in der Sparsamkeit einen Ersatz für die abgehenden Glücksgüter und bewahrt vor Leichtsinn und Laster..." Wenn die Arbeiter unbescheiden werden, droht der Papst: „Die Bewegung der Massen, in welchen die Gier nach fremder Habe erwacht, muß mit Kraft gezügelt werden." Uebrigens sind solche Bestrebungen ganz nutzlos. „Es werden immerdar der Menschheit die größten und tiefgreifenden Ungleichheiten aufgedrückt sein." Die Arbeit wurde dem Menschen „nach dem Sündenfall als eine notwendige Buße auferlegt, deren Last er spüren muß. Verflucht sei die Erde in deinem Werke; mit Arbeit sollst du von ihr essen alle Tage deines Lebens. (1 Mos. 3, 17.) In gleicher Weise werden immer auch die übrigen Beschwernisse auf dieser Erde wohnen, weil die Folgen der Sünde als bittere Begleiter an der Seite des Menschen bis zu seinem Tode haften. Leiden und Dulden ist einmal der Anteil unseres Geschlechtes, und so große Anstrengungen man auch zur Besserung des Daseins machen mag, die Gesellschaft wird niemals frei von großer Plage werden". Das ist der christliche Sozialismus.

Der Papst meint, „aller Streit würde in kurzer Frist erledigt sein, wenn diese Wahrheiten in der bürgerlichen Gesellschaft zu voller Anerkennung gelangten". Aber sie werden nur von einem kleinen Bruchteil der Arbeiter anerkannt, widersprechen sie doch dem ganzen Wesen der modernen Gesellschaftsordnung. Es ist, wie es schon Marx gesagt hat:

> „Die sozialen Prinzipien des Christentums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrücker gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde und sonstiger Sünden oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlösten nach seiner Weisheit verhängt. Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Canaille, und das Proletariat, das sich nicht als Canaille be-

handeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch weit nötiger als sein Brot. Die sozialen Prinzipien des Christentums sind duckmäuserig und das Proletariat ist revolutionär."

So ist die christliche Arbeiterbewegung ein Schaden für das Proletariat, weil sie seine Kräfte zersplittert und oft genug kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen ist. Sie kann nicht mannhaft proletarische Interessen vertreten. Denn — so hat es Pius X. unter Hinweis auf die Lehren Leos XIII. in seinem vom 24. September 1912 datierten Rundschreiben über die christlichen Gewerkschaften nachdrücklichst wiederholt —: „Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern." Folgerichtig wird, wie ein christlichsozialer Gewerkschaftssekretär in den Verhandlungen der Wiener „Sozialen Woche" im September 1911 dargelegt hat, vielfach die „christliche Gewerkschaftsbewegung nur als ein Gegenmittel gegen die Ausbreitung sozialdemokratischer Organisationen angesehen. Es komme vor, daß man die Einführung einer christlichen Arbeiterorganisation ablehne, damit die Ruhe am Ort nicht gestört werde, Sozialdemokraten gebe es keine u. s. w. Wenn aber dann doch die Sozialdemokraten kommen, dann rufe man nach der christlichen Arbeiterorganisation als Retter in der Not". (Seite 27 des Protokolls.)

Die Harmonieduselei, die sie den Arbeitern gerne aufschwatzen lassen, lehnen die Unternehmer für sich ab. So hat der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände" in einer offiziellen Publikation erklärt: „Arbeitnehmer und Arbeitgeber besitzen, das haben wir schon hundertmal gesagt, nur insofern gemeinsame Interessen, als ihnen beiden an der möglichsten Förderung der nationalen Gütererzeugung gelegen sein muß. Im übrigen stehen sie sich als entschiedene Gegner gegenüber und es würde ein außerordentlich geringes Maß von sozialpolitischem Verständnis bedeuten, wenn jemand leugnen wollte, daß dieser Zustand in der Natur der Sache vollauf begründet ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können sich niemals dauernd

versöhnen und anfreunden. Sie können nur nach Kriegsbrauch in anständiger Weise miteinander verkehren."

Der Klassenkampf ist unvermeidlich; aber unvermeidlich ist auch der Sieg des Proletariats in diesem Kampfe und damit das Ende aller Klassenkämpfe, weil es nach dem Siege des Proletariats keine Herrscher und Beherrschten mehr geben kann, die einander bekriegen.

3. Unsere Kampfmittel

Wir haben gesehen, daß das Proletariat nur im Kampfe gegen die herrschenden Klassen die sozialistische Gesellschaftsordnung erreichen kann. Es gilt nun festzustellen, welcher Mittel sich die Arbeiterklasse im Kampfe bedienen muß. Die Aufgabe ist gegeben: wir müssen die Macht erobern, dann wird unser Wille zur Tat werden. Die Mittel, die wir dazu anwenden müssen, sind im Parteiprogramm begreiflicherweise nicht aufgezählt. Es gibt unbegrenzte Möglichkeiten im proletarischen Kampfe; unklug wäre es, sich von vornherein zu binden. Darum sagt das österreichische Programm ganz allgemein, daß sich die Sozialdemokratie zur Erreichung ihres Zieles „aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird". Wir verpflichten uns also in unserem Programm nicht dazu, daß wir nur „gesetzliche" Mittel in Anwendung bringen wollen. Die Gesetze des Staates sind Diktate der Herrschenden; es ist selbstverständlich, daß sich das Proletariat im Kampfe gegen die Herrschenden nicht deren Geboten willig unterwerfen kann. Es wird nicht ohne Not den Boden des Gesetzes verlassen, auf dem sich's leichter kämpfen läßt als im Ausnahmszustand. Es hat sich schon oft ereignet, daß im Klassenkampfe gerade die Mächtigen ihre eigenen Gesetze mit Füßen traten, das Proletariat aber in den Schranken der Gesetze verblieb. Das wird in den Ländern, in denen die Arbeiterschaft die wichtigsten politischen Rechte besitzt, sogar die Regel sein.

Und doch! Wir nennen uns ja eine revolutionäre Partei! Sind wir dazu berechtigt, wenn wir im Parlament und nicht auf der Barrikade, mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln und nicht im Straßenkampfe unsere Forderungen durchsetzen? Darauf ist zu sagen: Erstens beschränken wir uns nicht auf die gesetzlichen Mittel; wir wenden die an, die uns die besten erscheinen! Und dann ist revolutionär vor allem unser Ziel. Wir streben

die Eroberung der politischen Macht an, um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Das österreichische Parteiprogramm sagt:

„Das Proletariat kommt zum Bewußtsein . . . ., daß die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß."

Im Erfurter Programm heißt es:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."

Heute herrschen im Staate die besitzenden Klassen. Sie haben die Regierung in Händen, sie sind die Herren der staatlichen Maschinerie. Die Gesetze, die sie geben, sind von ihren Klasseninteressen diktiert; sie richten den Staat ein, wie sie ihn brauchen. Er dient zur Niederhaltung der wirtschaftlich ausgebeuteten Klassen. Hiezu verwendet er Polizisten und Gendarmen, Richter und Offiziere, Kasernen und Kerker. Er läßt den ganzen Apparat, der zur Sicherung der Herrschenden geschaffen ist, obendrein noch von den Beherrschten bezahlen, indem er ihnen ungeheure Steuerlasten aufbürdet. Darum war es seit jeher das Bestreben der unterdrückten Klassen, die Staatsgewalt zu beeinflussen und in ihre Hände zu bekommen. Dadurch werden sie Herrscher, statt Beherrschte zu bleiben. Dem wirtschaftlichen Aufstieg einer Klasse folgte stets eine politische Umwälzung auf dem Fuße. Das aufstrebende Bürgertum, der Träger der kapitalistischen Entwicklung, sprengte die Fesseln des Feudalstaates und richtete auf seinen Trümmern den modernen kapitalistischen Staat ein. Seine beherrschende Stellung in der Produktion fand ihren politischen Ausdruck darin, daß es in der Revolution die Staatsgewalt an sich riß. Sie ist heute eine Waffe gegen das Proletariat. Die Arbeiterschaft ist heute die einzige noch unterdrückte Klasse. Die Staatsgewalt, die politische Macht zu erobern, muß darum das Ziel ihres Kampfes sein, wenn sie zur sozialistischen Gesellschaftsordnung gelangen will. Weil die Sozialdemokratie dieses Ziel anstrebt, ist sie eine revolutionäre Partei.

Die Sozialdemokratie muß, um ihr Ziel zu erreichen, alle Mittel anwenden, die Aussicht auf Erfolg bieten. Sie muß aber nicht nur kämpfen, um ans letzte Ziel zu kommen, sondern hat auch für die Besserung der Lage der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft Sorge zu tragen. Sie muß freilich alles unter dem Gesichtspunkt ihrer großen Aufgabe betrachten und darf deshalb im Kampf um die Gegenwartsforderungen nie das Endziel aus dem Auge verlieren, umgekehrt aber auch im Streben nach Erreichung des Endzieles nicht die gewaltige Arbeit vergessen, die zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Arbeiterklasse vonnöten ist. Darum sind die Grundsätze des Programms mit der Liste der Gegenwartsforderungen vereinigt, werden die Gegenwartsforderungen verfochten, um das Los der Arbeiterschaft zu erleichtern und so dem Ziele näher zu gelangen, das die Erlösung des Proletariat bringt.

Den großen Kampf muß die Arbeiterklasse auf dreifache Weise führen: politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich. Es genügt nicht, daß sie eine dieser drei Methoden anwendet. Sie muß alle drei zugleich benützen, um vorwärts zu kommen. Der Proletarier muß als Bürger im Klassenstaate, als Ausgebeuteter im Produktionsprozeß und als Konsument in den Kampf treten. Er kann auf keinem Gebiet wirksam kämpfen, wenn er nicht auf allen Gebieten zugleich kämpft. Die Arbeiterbewegung ist in der Tat dreieinig. Wir wissen: die gewerkschaftliche Organisation und ihr Kampf dienen dazu, dem Arbeiter höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, überhaupt eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage zu erkämpfen. Der Feind ist hier der Unternehmer als Käufer von Arbeitskräften oder seine Organisation. Die genossenschaftliche Organisation hat die Aufgabe, den Arbeiter als Konsumenten zu schützen, dafür zu sorgen, daß er für seine paar Lohnkronen gute und preiswerte Waren bekomme. Sucht die Gewerkschaft dem Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt eine Stellung zu erobern, wo der Proletarier als Verkäufer auftritt, so ist es die Aufgabe der Genossenschaften, ihm eine Stellung auf dem Warenmarkt zu schaffen, wo er als Käufer erscheint. Der politische Kampf dient dazu, die Vorbedingungen zur Führung des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kampfes zu schaffen

und der Arbeiterschaft steigenden Einfluß auf die Staatsgewalt zu sichern und schließlich diese selbst zu erobern.

*

Wiederholt sind Stimmen laut geworden, die meinten, es sei möglich, das sozialistische Ziel zu erreichen, wenn auch nur eines der drei großen Kampfmittel angewendet wird. Prüfen wir!

Man könnte sagen: Es genügt, wenn wir die Genossenschaften haben. Diese werden immer größer und beherrschen schließlich den Markt. In immer höherem Maße gehen sie zur Eigenproduktion über, erzeugen für ihre Mitglieder Lebensmittel, dann auch andere Gebrauchsgegenstände. So können sie nach und nach die ganze Produktion in ihre Hände bekommen, und wenn die gesamte Arbeiterschaft des Landes in der Genossenschaft vereinigt ist, haben die Kapitalisten keine Käufer mehr. Das Land ist in eine einzige große Konsumgenossenschaft mit Eigenproduktion verwandelt; kein Kampf ist nötig, die Befreiung der Arbeiterklasse zu erreichen.

So wär's ja recht schön gedacht, aber es kann nie so kommen. Zunächst: alle Einrichtungen — auch diejenigen, die von den Arbeitern ausgehen — können nur auf der Grundlage aufgebaut werden, die der Staat gewährt. Wenn die Genossenschaften zu einer ernsten Gefahr für die Kapitalisten werden, dann braucht der Staat nur sein Gesetz zu ändern und kann ihren ganzen Bestand dadurch gefährden, ja unmöglich machen. Eine Arbeiterschaft, die sich um die Politik nicht kümmert und dort, wo die Gesetze gemacht werden, ihre Stimme nicht erhebt, wird das nicht verhindern können. Und dann: Vergessen wir doch nicht, daß die Eigenproduktion der Konsumvereine ihre Grenzen hat. Die Genossenschaften vermögen Bäckereien, Seifenfabriken u. s. w. zu errichten, also Gegenstände des Massenkonsums selbst herstellen zu lassen. Aber die Maschinen, mit denen die Fabriken arbeiten, müssen sie bei den Kapitalisten kaufen. Drei Viertel der Gesamtproduktion der genossenschaftlichen Eigenbetriebe Großbritanniens entfiel im Jahre 1910 auf die Nahrungsmittelindustrie, ein Achtel auf die Bekleidungsindustrie. Daß die Genossenschaften eigene Maschinenfabriken anlegen, erscheint uns praktisch undurchführbar. Immerhin ist es denkbar. Aber es gibt Dinge auf dieser Erde, die wir nicht in Besitz nehmen können, ohne sie den Kapitalisten wegzunehmen. Wir können uns auch Maschinenfabriken errichten; aber zum Beispiel die Berg-

werke lassen sich nicht beliebig vermehren wie Fabriken; sie sind aber zur Produktion unentbehrlich. Sie eignen den Herrschenden, die sie niemals aus eigenem Antrieb verschenken werden und denen wir sie auch nicht abkaufen können. Wir müssen sie aber doch in unsere Hände bringen. Die Genossenschaftsbewegung weist uns hiezu keinen Weg.

Wir sehen also: die Konsumgenossenschaften können, wenn sie allein angewendet werden, nie zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Sie sind ein sehr wertvolles Kampfmittel. Aber nur im Verein mit der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit werden sie dem Proletariat von dauerndem Nutzen sein.

Früher sind auch die Produktivgenossenschaften oft als Mittel zur Befreiung des Proletariats betrachtet worden. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß sie dazu nicht taugen. Sind sie doch denselben kapitalistischen Gesetzen unterworfen wie die Betriebe der Unternehmer. Sie müssen den Konkurrenzkampf führen, die Schwankungen der Konjunktur ertragen und leiden dabei unter dem Mangel an Kapital. Sie können allerdings im gewerkschaftlichen Kampfe manche Vorteile bringen.

*

Andere wieder sagen: die gewerkschaftliche Bewegung allein ist notwendig. Sie wird uns zum Siege führen. Auch diese Meinung ist unrichtig. Wer das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaften ins Auge faßt, wird dies sofort erkennen. Was wollen denn die Gewerkschaften? Kürzere Arbeitszeit, höheren Lohn! Sie wollen den Anteil, den der Arbeiter an dem von ihm geschaffenen Werte bekommt, möglichst groß machen. Darum streiten sie mit den Kapitalisten. Das ist das Ziel ihres Kampfes. Damit ist schon gesagt, daß die Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat unentbehrlich sind, daß sie aber nicht dazu geschaffen sind, das Proletariat aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herauszuführen. Wenn es keine Gewerkschaften gäbe, müßten die großen Massen der Arbeiter in grauenvollem Elend verkommen. Die Zustände, in denen die Arbeiterschaft vor dem Wirken der Gewerkschaftsbewegung leben mußte, zeigen, wohin der Kapitalismus die Arbeiter bringt, wenn sie sich nicht zur Wehr setzen. Den Widerstand gegen die Kapitalisten zu organisieren, die von ihrer Profitgier dazu getrieben werden, das Proletariat in immer tieferes Elend zu stoßen; dem Druck des

Kapitals den Druck der organisierten Arbeiter entgegenzusetzen und den Arbeitern einen möglichst großen Teil des Ertrages ihrer Arbeit zu sichern; dazu sind die Gewerkschaften ein unersetzliches Mittel. Bestünden sie nicht, so wäre die Arbeiterklasse der Verelendung preisgegeben und würde, wie Marx sagt, „zu einer unterschiedslosen Masse rettungslos gebrochener Hungerleider herabgedrückt werden". Von stolzen Erfolgen wissen die Gewerkschaften zu berichten. So gelang es in Oesterreich bei den Tarifvertragsabschlüssen für das Baugewerbe selbst im Krisenjahre 1913 für 104.158 Arbeiter, darunter nur 55.828 organisierte, eine durchschnittliche jährliche Lohnerhöhung von Kr. 87·40 und eine durchschnittliche jährliche Arbeitszeitverkürzung von 20·08 Stunden für jeden Mann durchzusetzen. Im Deutschen Reiche wurde im Jahre 1912 für alle an Bewegungen beteiligten Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2¼ Stunden und eine Lohnerhöhung von Mk. 1·79 per Woche erzielt.

Aber auch im günstigsten Falle können die Gewerkschaften den Mitgliedern im Kampfe gegen die Kapitalisten nur einen Teil des geschaffenen Wertes erstreiten. Sie können bewirken, daß der Unternehmer, wenn er den Ertrag der Arbeit teilt, den Arbeitern eine verhältnismäßig anständige Portion abgibt. Aber immer nur eine Portion, nur einen Teil! Das Wesen der Stellung des Arbeiters wird dadurch nicht geändert, er war früher ausgebeutet und bleibt nachher ausgebeutet. Kein Unternehmer, und mag er noch so arbeiterfreundlich sein, kann den Arbeitern den ganzen Wert, den sie geschaffen, überlassen. Wo bliebe sonst sein Profit? Er besitzt ja das Unternehmen, um Geld zu verdienen. Würde er den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit geben, bliebe für ihn nichts übrig. Daraus ist zu ersehen, daß auch, wenn die Arbeiter noch so gut organisiert sind, eine Aufhebung der Ausbeutung durch fortgesetzte Lohnerhöhungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich erscheint.

Selbst wenn der Druck der Organisation noch so stark wird, vermag er den Profit des Unternehmers oft nicht einmal zu schmälern, geschweige denn aufzuheben. Eine Verbesserung der Maschinen kann die Ergiebigkeit der Arbeit derart steigern, daß der Mehrwert des Kapitalisten geradeso groß bleibt wie zuvor oder sogar noch viel größer wird, mag auch der Arbeitslohn steigen und

die Arbeitszeit verkürzt werden. Die Ausbeutung wird erst aufhören, wenn der Arbeiter mit niemand um den Anteil am Ertrag zu streiten brauchen, sondern der ganze Ertrag der Arbeit den Arbeitenden zufallen wird; wenn aus der Fabrik, in der zuerst der Fabrikant wie ein Despot geherrscht hat und die heute dank dem Wirken der Gewerkschaften mit einer konstitutionellen Monarchie verglichen werden kann — das Gesetz ist hier der Tarifvertrag, das Parlament bilden die Vertrauensmänner der Gewerkschaft — eine demokratische Republik geworden sein wird. Dazu ist aber die Enteignung der Kapitalisten erforderlich, also ein Akt, dessen Durchsetzung nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein kann.

Auch hier gilt dasselbe wie von den Genossenschaften: werden die Gewerkschaften den Kapitalisten in hohem Maße gefährlich, dann suchen sie sie zu zertrümmern. Eine Gesetzesänderung, unter Umständen sogar bloß eine neue Auslegung des alten Gesetzes genügt. Das haben die englischen und die amerikanischen Gewerkschaften erfahren, als man sie für den Schaden haftbar erklärte, der durch Streiks oder Boykotts entstand, und zur Bezahlung kolossaler Schadenersatzsummen an die Unternehmer verurteilte, die mit Hilfe der Gerichte die Gewerkschaftskassen auf solche Art mühelos leeren können. Nur der politische Kampf wird solche Attentate durch Erzwingung entsprechender Gesetzesänderungen abwehren können, wie ja der gewerkschaftliche Kampf überall daran gemahnt, daß der politische Kampf teils seine Voraussetzung, teils seine Folge sein muß. Um gewerkschaftliche Kämpfe führen zu können, muß man in Wort und Schrift seine Meinung frei äußern dürfen: das Versammlungsrecht und das Preßrecht müssen geregelt sein; man muß die durch die Propaganda Gewonnenen dauernd beisammen halten können: das Vereinsrecht muß geordnet sein; man muß die organisierte Mitgliedschaft in Lohnkämpfe führen können: das Koalitionsrecht tut not. Was die Gewerkschaften den Unternehmern für einen Teil des Proletariats abgetrotzt haben, muß für dessen Gesamtheit zur gesetzlichen Geltung gelangen: der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre getreuliche Einhaltung sind notwendig. Dies zu erstreiten ist aber Aufgabe der politischen Organisation; es kann nur auf politischem Wege erkämpft werden. So zeigt der gewerkschaftliche Kampf, für den am leichtesten Streiter geworben werden können,

weil sein Ziel faßbar vor Augen steht, dem Proletarier deutlich, daß er sich auch politisch betätigen muß, wenn er seine Lage in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbessern will und wenn er überdies aus dieser „Ordnung" hinausstrebt.

*

Die Ausbeutung zu beseitigen, die Arbeitsmittel den Kapitalisten zu nehmen und sie in den Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes zu bringen: dieses Endziel der Arbeiterklasse kann nur im politischen Kampfe, nur durch Eroberung der politischen Macht erreicht werden. Alles weist die Arbeiter darauf hin. Der Staat ist heute ein Instrument der herrschenden Klasse. Ihr dieses Instrument zu entreißen, muß das Bestreben der Unterdrückten sein. Das Proletariat muß also politischen Einfluß zu gewinnen versuchen. Es braucht ja geeignete Gesetze, damit sich die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung entfalten können, deren Festigung ein Lebensinteresse für die Arbeiter ist. Darum muß es zunächst trachten, dort entsprechend vertreten zu sein, wo diese Gesetze gemacht werden. Dieser Boden ist das Parlament. Mag man es nun lieben oder hassen, man wird darüber nicht hinwegkommen, daß es im heutigen Klassenstaat ein wichtiger politischer Kampfboden ist, auf dem die herrschenden Klassen miteinander streiten und auch gemeinsam gegen das Proletariat vorgehen.

Soll die Arbeiterschaft auf der Straße zuschauen, wie drinnen im Saale über Fragen entschieden wird, die für sie von einschneidender Bedeutung sind? Die herrschenden Klassen hätten kaum etwas dagegen, bemühen sie sich doch überall, das klassenbewußte Proletariat vom Parlament fernzuhalten. Nur schrittweise gelingt es der Arbeiterklasse, sich das gleiche Stimmrecht zu erobern. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die Herrschenden bei ihren Beratungen nicht allein zu lassen, sondern sich das Recht der Teilnahme daran zu sichern. Gibt es doch kaum ein Gesetz, das nicht in irgend einer Weise Arbeiterinteressen berührt! Nur ein Narr kann den Arbeitern raten, von der Stätte fernzubleiben, wo die Gesetze gemacht werden und die Steuerlast verteilt wird. Freilich darf man die Bedeutung dieser Stätte auch nicht überschätzen. Die Arbeiterklasse muß sich auch klar darüber sein, daß große positive Erfolge im Parlament nicht leicht erzielt werden können. Denn die Mehrheit entscheidet und die Mehrheit ist antisozialdemokratisch, ist arbeiterfeindlich. Nur unter besonderen Umständen wird sie den Willen der Minder-

heit erfüllen. Vor allem wäre es falsch, wenn die Arbeiterschaft ihre gewählten Vertreter allein ließe. Es ist notwendig, daß sie ihren Worten Nachdruck verleiht. Es ist mitunter erforderlich, daß sie selbst auf die Straße geht, um den Gang der Beratungen zu beeinflussen! Der Wert des Parlaments für das Proletariat wird auch davon abhängen, welche Stellung und Bedeutung das Parlament selbst im Staate hat. Danach wird das Proletariat seine Haltung einrichten müssen. Es darf nie vergessen, daß das Werk seiner Befreiung sein eigenes Werk sein muß, daß das entscheidende Wort in kritischen Zeiten nicht auf der Parlamentstribüne, sondern auf der Straße, nicht von den Abgeordneten, sondern von den Massen selbst gesprochen wird. Der politische Kampf ist nicht bloß ein parlamentarischer Kampf. Das Parlament ist für die Arbeiterschaft auch ein gefährlicher Kampfboden, auf dem die Kämpfer leicht verwirrt werden. In dem Hin und Her des Verhandelns nicht den richtigen Weg zu verlieren, ist mitunter eine große Kunst. Und der richtige Weg ist nicht der, auf dem man nur zu Augenblickserfolgen gelangt, sondern der den doppelten Zweck alles proletarischen Kampfes ins Auge faßt: des Arbeiters Los zu bessern und seine Befreiung herbeizuführen, die Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Kapitalismus zu stärken, damit sie ihn überwinden kann.

Darum darf sich auch die Arbeiterschaft auf den Parlamentarismus nicht verlassen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate ist ein Gradmesser für die Stärke der Partei. In ihr kommt die Macht der Partei zum Ausdruck; aber die Macht ist auch vorhanden, wenn die Stimmen nicht gezählt werden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß wir uns noch werden zählen können, wenn das Ergebnis eine Mehrheit für uns brächte. Die Herrschenden werden den Parlamentarismus nur benützen wollen, solange er ihnen nützt. Wenn er zum Mittel wird, ihnen die Herrschaft, die sie heute durch ihn ausüben, zu entwinden, werden sie das Parlament zertrümmern, da es keinen Wert mehr für sie haben wird. Darum ist der parlamentarische Kampf nicht der politische Kampf, sondern nur ein — allerdings vorläufig sehr wichtiger — Teil des politischen Kampfes. Das Parlament ist ein Kampffeld, das wir heute betreten müssen, um dem Gegner zu folgen, mit dem wir zu ringen haben; wir werden es verlassen müssen, wenn der Gegner von dort entweicht. Die Entwicklung der

vorgeschrittenen Länder deutet uns an, daß die Eroberung der politischen Macht sich wohl nirgends durch Beschlußfassung einer Parlamentsmehrheit vollziehen wird, die dann zur Enteignung der Kapitalisten schreiten könnte.

Daraus folgt aber nicht, daß die Anstrengungen des Proletariats, sich das gleiche Wahlrecht zu sichern und es zu benutzen, zwecklos sind. Die Zeiten sind vorbei, in denen eine organisierte Minderheit ihren Willen der Mehrheit aufdrängen konnte. Das Proletariat kann die Macht nicht durch eine Ueberrumpelung der Gegner gewinnen, sondern nur durch einen Sieg in langwierigem Kriege. Es muß zur Mehrheit werden. Dazu genügt nicht, daß die Mehrzahl der Staatsbürger zum Proletariat gehört. Die Proletarier müssen sich ihrer Aufgabe und Bedeutung auch bewußt, sie müssen klassenbewußt, sie müssen Sozialdemokraten werden. Ein Parlament, das aus Wahlen auf Grund eines wirklich gleichen Stimmrechtes hervorgegangen ist, bietet ein Spiegelbild der Gesinnung des Volkes. Sind auch die Arbeiter die Mehrheit der Wähler, so ist die Sozialdemokratie doch eine Minderheit im Parlament, wenn nicht alle Arbeiter klassenbewußt sind, ihr Recht nicht richtig zu gebrauchen verstehen. An der Schwäche des Proletariats ist nicht das Parlament schuld, sondern das Proletariat selbst, der Teil davon, der noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht ist. Keine noch so kluge Taktik vermag die wirkliche Macht zu ersetzen. Erfolge, die ihr Dasein nur dem Entgegenkommen an den Feind, der Preisgabe der Grundsätze verdanken, sind nur Scheinerfolge. Sie bringen dem Proletariat im Augenblick eine Verbesserung, sie schwächen aber seine Kampffähigkeit und verringern damit die Möglichkeit künftiger größerer Erfolge. Sie beeinträchtigen die Erziehung der noch indifferenten Massen zum Klassenbewußtsein, die sich in den Winkelzügen parlamentarischer Schacherpolitik nicht zurechtfinden, die nur durch rücksichtslose Vertretung der proletarischen Klasseninteressen, durch unbedingte Gegnerschaft gegenüber den Machtansprüchen des Klassenstaates Freund und Feind unterscheiden lernen und so aus dem Netz der bürgerlichen Parteien gelöst werden können.

Der parlamentarische Kampf muß vor allem darnach gewertet werden, was er zur politischen Aufklärungsarbeit, zur Verstärkung der sozialdemokratischen Armee beiträgt. Das Parlament zur Propaganda für den Sozialismus zu benützen, der Arbeiterklasse immer

von neuem die Arbeiterfeindlichkeit der Mehrheit zu zeigen und so dem Ziele zuzustreben, selbst die Mehrheit zu gewinnen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Wie die Mehrheit dann ihre Macht gebrauchen wird, ob in parlamentarischen Abstimmungen oder außerhalb des Parlaments, ist eine andere Frage. Nicht was die Gegner tun werden, wenn die Sozialdemokratie einmal die Mehrheit des Volkes hinter sich hat, ist jetzt für uns entscheidend. Das Wichtigste ist, alles daranzusetzen, daß wir endlich die Mehrheit werden. Dazu dient uns auch der parlamentarische Kampf.

Die Geschichte lehrt uns, daß keine Klasse freiwillig auf ihre Herrschaft verzichtet. Auch die Kapitalisten werden die Herrlichkeiten dieser Erde nicht aus freien Stücken preisgeben. Gewaltige Kämpfe, deren Umfang und Heftigkeit wir heute nur ahnen können, deren Mittel uns noch unbekannt sind, werden das Proletariat in den Besitz der politischen Macht bringen. Für die großen Kämpfe der Zukunft zu rüsten, ist eine dringende Notwendigkeit. Sind wir gerüstet, dann braucht uns um den Erfolg nicht bange sein.

4. Unsere Aussichten im Kampfe

Mehr als ein Menschenalter währt bereits der Kampf der Sozialdemokratie. Aus kleinen Scharen verlachter und verachteter Gesellen sind Millionenheere geworden, die gehaßt und gefürchtet werden. Es hat niemals in der Geschichte der Menschheit eine Massenbewegung gegeben, die in einem kurzen Zeitraum zu so gewaltiger Bedeutung gelangt wäre wie die Sozialdemokratie. Als das Christentum so alt war wie jetzt die Partei des Proletariats, bildeten seine Anhänger noch so unbedeutende Gemeinden, daß die römischen Schriftsteller jener Tage der christlichen Bewegung in ihren Geschichtswerken nur ein paar Zeilen widmeten. Die Sozialdemokratie dagegen steht nach einem nur wenige Jahrzehnte währenden Kampfe im Mittelpunkt aller Ereignisse, ihre Lehren haben alle Welt zur Stellungnahme gezwungen. Eine große Wissenschaft ist von dem Streit um den wissenschaftlichen Sozialismus, um die Lehren von Karl Marx erfüllt. Manchem mag dennoch unser Weg zu lang erscheinen, mancher mag ungeduldig daran zweifeln, daß wir ans Ziel kommen. Wer die Geschichte unserer Kämpfe von ihren ersten Anfängen bis zur Gegenwart kennt, wird sich der gewaltigen Fortschritte freuen, die wir gemacht haben, und das Aufsteigen der Arbeiterklasse bewundern, die, einer Welt von Feinden

trotzend und unermeßliche Schwierigkeiten überwindend, von Sieg zu Sieg schreitet. Was war der Arbeiter, als Karl Marx am Vorabend der Achtundvierziger-Revolution in die Welt hinausrief: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"? Er war ein rechtloses, verachtetes Individuum, maßlos ausgebeutet, ferne von allen Glücksgütern dieser Erde. Sein Dasein war sonnenlos.

Und heute? Er ist ein geachteter Staatsbürger, dessen Stimme politisch nicht weniger gilt als die des Bourgeois; die Ausbeuter haben seine Widerstandskraft kennen gelernt. Er ist heute mehr gehaßt als früher, er wird aber auch mehr gefürchtet und umschmeichelt als je zuvor. Dem Wehrlosen, der dem Drucke des Unternehmers ohne sonderliche Gegenwehr erlag, hat die Gewerkschaftsorganisation eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage erstritten. Sie hat den Kapitalisten Lohnerhöhungen im Betrag von vielen Millionen Kronen abgetrotzt, hat die Zeit, die der Proletarier im Frondienst des Kapitals verbringen muß, um viele Stunden gekürzt. Sie schützt ihn in den Tagen der Arbeitslosigkeit vor der ärgsten Not. Einrichtungen mußten geschaffen werden, die den kranken Proletarier nicht elend zugrunde gehen lassen; wer auf dem Schlachtfeld der Arbeit verwundet worden ist, braucht nicht mehr zu verzweifeln. Wir sind daran, auch dem alten und invaliden Arbeiter das Notdürftigste zu verschaffen und den Witwen und Waisen das Dringendste zukommen zu lassen. Und wenn es auch nicht viel ist, was wir in hartem Kampf erreichen können: einen ungeheuren Fortschritt gegenüber den Zuständen der Vergangenheit bedeutet es doch. Wir erobern uns unseren Anteil an den Kulturschätzen unserer Zeit. Mit dem notwendigsten Rüstzeug muß uns der Staat selbst versehen, in den mit Opfern erkämpften Mußestunden erweitern wir unsere Kenntnisse, suchen wir Belehrung auf allen Wissensgebieten. Wir haben uns die Freiheit erstritten, die hiezu nötig ist. Als die Arbeiterbewegung begann, gab's keine Preßfreiheit, kein Vereins- und Versammlungsrecht. Wir waren rechtlos. Was die herrschenden Klassen allein diktierten, war auch für uns Gesetz. Als im Jahre 1861 einige Wiener Buchdrucker die polizeiliche Erlaubnis einholten, am 11. August zwei Besprechungen wegen einer Lohnerhöhung abhalten zu dürfen, wurde ihnen mitgeteilt, daß solche Versammlungen gemäß der Gewerbeordnung unzulässig seien. Heute anerkennt dieselbe Gewerbeordnung Tarifverträge. Noch im Jahre 1865 hat die Statthalterei in Wien ein

Gesuch um Bewilligung zur Gründung eines Arbeiterbildungsvereines mit der Begründung abgewiesen: „Wegen Mangel von in den Statuten ausgesprochener Unterstützung von Seite der Arbeitgeber kann dem Verein eine solide Basis nicht zugetraut werden."!! Jede Auflehnung wurde im Kerker erstickt. Jahrelange Strafen wurden für „Verbrechen" verhängt, die heute schlimmstenfalls mit einer Geldbuße geahndet werden.

Wir haben uns heute Bewegungsfreiheit erstritten und haben uns das Recht zur Teilnahme an der Gesetzgebung erkämpft. Unsere Kämpfe haben uns aus dem Sumpfe des Elends und der Nacht der Unwissenheit herausgeführt. Das Proletariat ist heute eine Macht geworden, die nicht mehr zu beugen ist. Vor einem Menschenalter noch dachten die Herrschenden unsere Bewegung zu erdrosseln. Ausnahmsgesetze zerstörten die Organisationen, zersprengten die Reihen der Kämpfer und erstickten das freie Wort. Es half nicht. Vor einem Vierteljahrhundert hat Kaiser Wilhelm II. die Bekämpfung der Sozialdemokratie in die Hand genommen. Er wollte allein mit ihr fertig werden. Sie ist dabei zur größten Partei des Deutschen Reiches gediehen. In manchen Ländern ist sie so einflußreich geworden, daß man ihr den Eintritt in die Regierung angeboten hat. Während die Partei vor noch nicht langer Zeit um ihr Existenzrecht kämpfen mußte, ringt sie heute schon um die Macht.

Wie man sich zu ihr stellen, wie man sie am wirksamsten bekämpfen, wie man ihr Vorwärtsschreiten verlangsamen soll: diese Frage beschäftigt alle Staatsmänner und Politiker, alle Unternehmer vom lehrlingsausbeutenden Handwerker bis zu den Herren der Kartelle. Unsere Erfolge haben den Gegnern die Bedeutung der Organisation gezeigt: unser Anwachsen, das die Herrschaft der besitzenden Klassen bedroht, läßt sie manche Gegensätze vergessen, die zwischen ihnen bestehen, und schweißt sie zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind zusammen. Der Widerstand, dem wir begegnen, wird von Tag zu Tag größer, die Kämpfe werden schwieriger; die Siege, die sie bringen, bedeuten mehr als die Erfolge vergangener Tage.

Da die Geschichte der Sozialdemokratie eine Reihe von Erfolgen ist, jede Niederlage der Arbeiter durch einen doppelt schönen Sieg wettgemacht wurde, unsere Organisationen von Jahr zu Jahr erstarkten und unser Einfluß eine stete Vermehrung des Arbeiterschutzes erzwang, so entsteht leicht die Meinung, daß wir auf diese

Weise, von Reform zu Reform schreitend, bis an unser Endziel gelangen, daß wir in den „Zukunftsstaat" förmlich hineinwachsen können. Ist dem nun wirklich so? Oder nehmen wir Anzeichen wahr, daß der Gang der Entwicklung ein anderer wird und unsere Kämpfe eine neue Gestalt gewinnen? Prüfen wir!

*

Unser Einfluß wächst auf allen Gebieten. Aber auch dort, wo es sich um die friedlichsten Dinge handelt, reizt unser Vordringen den Feind und erregt es heftigen Widerstand. Daß sich die Arbeiter als Konsumenten in den Genossenschaften organisieren, scheint recht harmlos zu sein. Haben ihnen doch früher auch bürgerliche Sozialpolitiker dazu geraten. Und doch! Wie groß ist der Haß, den unsere Fortschritte auch hier auslösen! Man ruft nach gesetzlichen Maßnahmen gegen die Konsumvereine und es ist leicht möglich, daß man versuchen wird, uns diese Waffe zu entwerten. Nicht anders verhält es sich mit unseren gewerkschaftlichen Kämpfen. Wir standen bis vor einiger Zeit immer nur einzelnen mehr oder minder starken Unternehmern gegenüber. Unserer Organisation konnten die Ausbeuter keine ähnliche entgegenstellen. Die Kämpfe waren gering an Umfang und darum leichter zu führen. Heute stehen den Gewerkschaften zumeist nicht mehr einzelne Unternehmer, sondern Organisationen der Unternehmer gegenüber.

Die erste Unternehmerorganisation in Deutschland wurde im Jahre 1869 von Buchdruckereibesitzern begründet. Aber erst seit zehn Jahren haben sich die Verbände der Arbeitgeber stark entwickelt. Sie sind in den letzten Jahren rascher gewachsen als die Gewerkschaften. Die amtliche Statistik zählte im Deutschen Reiche im Jahre 1912 132.485 Mitglieder der Unternehmerorganisationen mit 4,378.275 beschäftigten Arbeitern. Davon sind 56.664 Mitglieder mit 2,392.789 Arbeitern der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" angeschlossen. In der „Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen" Oesterreichs waren Ende 1912 3846 Firmen mit 772.500 Beschäftigten vereinigt. Die Unternehmerorganisation hat also an Mitgliederzahl die Gewerkschaften bereits überholt. Der gewerkschaftliche Kampf hat dadurch eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die Kämpfe wurden umfangreicher, in ihren Folgen bedeutsamer. Früher hat schon der Wille zum Kampf den Unternehmern Angst eingeflößt, die an die Sklavengesinnung der Arbeiter gewohnt waren; heute genügt er nicht mehr. Das

Kriegführen im wirtschaftlichen Kampfe erfordert nicht nur Mut und Geld, sondern auch große Kenntnisse und außerordentliche Geschicklichkeit. Denn die Unternehmerorganisationen sind wohl gerüstet. Große Kampfmittel stehen ihnen zur Verfügung. Mit der Materialsperre, mit Kreditentziehung und anderen Erpressungen zwingen sie die störrischen Arbeitgeber in ihre Reihen, zu einheitlichem Vorgehen. Dafür hat der Kampf mit den Bauarbeitern im Jahre 1910 und der Kampf der Maler im Jahre 1913 im Deutschen Reiche viele Belege geliefert. Im letzten Kampfe der österreichischen Buchdrucker hat die Unternehmerorganisation versucht, die Druckereibesitzer, die nicht selbst Hausherren sind, auszumieten, wenn sie sich den Beschlüssen der Unternehmervereinigung nicht fügen wollten. Die Unternehmer richten Schutzverbände ein, die ihren Mitgliedern Streikentschädigung gewähren. Ein solcher besteht zum Beispiel für die Mitglieder des österreichischen Bundes der Industriellen. In Berlin wurde im Dezember 1913 eine Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung gegründet, der sofort Verbände und Entschädigungsgesellschaften mit einer Jahresgesamtlohnsumme von 704 Millionen Mark und 675.000 Arbeitern beitraten. Der österreichische Reichsverband der Baugewerbe beschloß im Jahre 1911, eine Baugewerbebank zu gründen, zu deren Geschäften gehört: „Bildung von Unterstützungskonsortien bei Streiks und Aussperrungen."

Je fester ihre eigenen Reihen sind, um so eifriger gehen die Unternehmerverbände zum Angriff auf die Arbeiter über. Sie versuchen, das Kampffeld stets zu erweitern, eine möglichst große Zahl von Arbeitern zu gleicher Zeit zum Kampfe zu zwingen, um die Gewerkschaftskassen zu leeren, die Unterstützungen unmöglich zu machen. Dazu benützen sie auch die Tarifverträge. Sie drängen darauf, daß möglichst viele Verträge bis zum gleichen Tage gelten, viele zur selben Zeit erneuert werden müssen, damit nicht eine Arbeitergruppe der anderen beistehen kann. Einst hieß es: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Heute befehlen oft die Unternehmer selbst die plötzliche Einstellung der Betriebe.

Neben den Streiks gewinnen die Aussperrungen immer größere Bedeutung. Das lehrt folgende Statistik auf Seite 169 aus dem Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften für das Deutsche Reich.

Die in den Jahren 1900 bis einschließlich 1912 von den reichsdeutschen Unternehmern verhängten 3324 Aussperrungen, die

Jahr	Es fanden statt Arbeitskämpfe insgesamt	Davon waren Aussperrungen		An den Arbeitskämpfen waren insgesamt beteiligt Personen	Davon waren an Aussperrungen beteiligt Personen	
		Zahl	Prozent		Zahl	Prozent
1900	852	46	5·4	115711	14630	12·6
1901	727	35	4·8	48522	8460	17·4
1902	861	56	6·5	55713	6791	12·2
1903	1282	82	6·4	121593	45763	37·6
1904	1625	112	6·9	135957	31402	23·1
1905	2323	253	10·9	507944	144047	28·4
1906	3480	421	12·1	316042	93356	29·5
1907	2792	323	11·5	281030	104738	37·3
1908	2052	257	12·5	126883	60576	47·7
1909	2045	206	10·1	131244	34494	26·3
1910	3194	970	30·4	369011	226898	61·5
1911	2914	207	7·1	325253	113357	34·9
1912	2825	356	12·6	479589	82099	17·1

966.611 Arbeiter betroffen haben, verursachten einen Verlust von 20,681.085 Arbeitstagen und kosteten den Gewerkschaften 45,306.465 Mark! Die letzten Jahre haben Riesenkämpfe gebracht, so die Generalaussperrung in Schweden, die aus kleinem Anlaß erwuchs; die ungeheuren Streiks der englischen Transportarbeiter und Bergarbeiter; die deutsche Aussperrung der Bauarbeiter, den Kampf der deutschen Bergarbeiter. Nicht immer geht es dabei um Lohnfragen oder um eine Verkürzung der Arbeitszeit oder nur darum. Es handelt sich vielmehr um Fragen der Macht. Die Bauarbeiteraussperrung wurde von den Unternehmern offen als eine Kraftprobe ihres Bundes erklärt. Der Führer der Unternehmer erklärte: „Nicht Ideale zu vertreten gelte es, sondern den Kampf um die Macht; eine große Katastrophe müsse herbeigeführt werden, eher gebe es nicht Ruhe.“ Um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, spielen sich die Unternehmerverbände gerne als Schützer der Handwerker auf, obwohl die von ihnen herbeigeführten Kämpfe den Niedergang des Handwerks nur beschleunigen. Sie stellen die Staatsverwaltung in ihren Dienst und beeinflussen die Gerichte. Auf ihren Kongressen erscheinen Minister und andere hohe Staatsbeamte. Sie terrorisieren die Arbeiter bei Wahlen, um Vertreter der Scharfmacher ins Parlament zu bringen.

Ihr Bestreben ist es, die ganze bürgerliche Gesellschaft gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Ihre schmutzigen Geldsackinteressen schreien sie als eine nationale Sache aus, um die ganzen besitzenden Klassen in ihren Troß zu bringen. So wird der Gewerkschaftskampf schon wegen seines Umfangs zu einer Angelegenheit der Allgemeinheit. Seine Wirkungen erstrecken sich nicht nur auf die unmittelbar Beteiligten. Bei der Verflechtung der einzelnen Industriezweige werden durch einen Massenkampf in einem Gewerbe viele andere in Mitleidenschaft gezogen. Als in England im Jahre 1912 eine Million Kohlengräber streikte, wurden dadurch so viele Betriebe stillgesetzt, daß auch fast eine Million Arbeiter anderer Berufe feiern mußte. Große Streiks und Aussperrungen haben notwendig große Konsumeinschränkungen zur Folge. Die Nahrungs- und Bekleidungsindustrie, namentlich die kleinen Händler, müssen ihre Wirkungen verspüren. Bewegungen, die hunderttausende Menschen umfassen, zwingen den Staat, Stellung zu nehmen und werden zu einer politischen Angelegenheit. Wie die Unternehmer, so müssen auch die Arbeiter ihre gewerkschaftliche Aktion durch die politische unterstützen. Gewerkschaft und Partei erweisen sich gerade seit der Verschärfung der Kämpfe als notwendige Einheit. Ihr gesellt sich auch die Genossenschaftsbewegung hinzu, die berufen erscheint, in den Massenkämpfen der Zukunft durch planmäßige Nahrungsmittelversorgung der Kämpfenden eine große Rolle zu spielen. Auf gewerkschaftlichem Gebiet ist also von Friedensstimmung nichts zu merken, wohl aber ein Anschwellen der Kämpfe, ein Wachsen der Gegensätze.

So ist es auch auf anderen Gebieten. Unser erzieherischer Einfluß auf die Arbeiterklasse wächst. Unsere Parteipresse gewinnt immer mehr Abnehmer und Leser, unsere Literatur vermehrt sich, unsere Bildungsarbeit vertieft unsere Bewegung. Die Frauenorganisationen wachsen, die Jugendbewegung gewinnt stets weiteren Umfang. Es fehlt auch nicht mehr an Einrichtungen, die den Kindern des Proletariats gelten. Die innere Festigung der Arbeiterbewegung ist eine der erfreulichsten Erscheinungen der letzten Jahre. Aber werden nicht gleichzeitig die Anstrengungen der Herrschenden größer, uns den Erfolg streitig zu machen? Die meisten haben erkannt, daß weder rohe Gewalt noch sozialpolitische Lockmittel geeignet sind, die Arbeiterbewegung unterzukriegen. So versuchen sie wenigstens, die Bewegung zu hemmen, wie es nur geht. Sie wissen, daß die Sozialdemokratie unüberwindlich wird,

wenn nur alle Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Lage und ihrer Aufgabe kommen. Darum haben es sich die Herrschenden zur Aufgabe gemacht, das Proletariat durch eine antisozialistische Erziehung zu beeinflussen. So sagte der Generaldirektor des Witkowitzer Eisenwerkes in der Ende März 1912 abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes nordmährisch-schlesischer Industrieller:

„Es wäre vollkommen verfehlt, wenn wir, die wir als Vertreter jener Wirtschaftsgruppe zu gelten haben, die an der Erhaltung des Bestehenden das außerordentlichste Interesse hat, uns mit der Tatsache abfinden und glauben würden, daß wir uns dieser Erscheinung willenlos zu unterwerfen haben. Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt. Diese Bewegung werden wir nicht aufhalten, können sie aber doch in ein Tempo bringen, daß sie der bestehenden Ordnung nicht zu großen Schaden bringt."

Als Herren der Schulen und Kasernen bearbeiten die Herrschenden die Kinder des Proletariats. Sie suchen sich, die Notlage der Arbeiterfamilie ausnützend, schon der Kleinen zu bemächtigen, noch ehe sie zur Schule gehen; sie versuchen, in steigendem Maße auf die schulentlassene Jugend einzuwirken. „Die aus der Bevölkerung heraus zu schaffende Organisation soll sich von jeder politischen Färbung freihalten und nur den Geist wahrer Vaterlandsliebe pflegen." So sagt ein sächsischer Erlaß vom 28. Dezember 1910. Als ob das keine Politik wäre! Der österreichische k. k. Inspektor für Jugendfürsorge fordert in seinem Programm, daß die Jugend in Horten ohne Unterschied des Berufes organisiert werde, da „in den jungen Jahren die Klassenunterschiede sich am leichtesten ausgleichen lassen". Das ist es, worauf es den Herrschenden ankommt. Der Arbeiter soll sich nicht als Arbeiter fühlen. Die Horte und Heime, die sie gründen, sind Stätten, in denen das Kind des Arbeiters seinen Eltern abtrünnig gemacht und zum Verrat an seiner Klasse erzogen werden soll. Das Wirtshaus genügt nicht mehr zur Agitation. Sie mißbrauchen Kirchen und Aemter. Seltsame „parteilose" Zeitungen werden massenhaft verbreitet, um die Gedanken der Arbeiter auf dumme Sensationen zu lenken und sie von ernsten Dingen abzuziehen. Unser Einfluß auf die Arbeiter ist gewachsen, aber auch die Bemühungen unserer Gegner, das Denken der Proletarier zu beeinflussen, sind größer geworden.

Und in der Politik ist es nicht anders. Wir haben das gleiche Wahlrecht erstritten, haben uns den gebührenden Platz in den gesetzgebenden Körperschaften erobert. Aber gleichzeitig hat sich die Stellung der anderen Parteien zu uns stark verändert. Immer

wieder versuchen sie es, sich trotz aller Gegensätze, die sie trennen, gegen uns zu verbünden, uns zur aussichtslosen Minderheit zu machen. Sie lehnen alle Anträge ab, die unsere Vertreter stellen. Sie verhindern oder verzögern die Verhandlung der Gesetzentwürfe, deren Vollendung das Proletariat erstrebt. Freilich können sie sich damit nicht begnügen. Das allgemeine gleiche Wahlrecht zwingt sie, um die Stimmen der Arbeiter zu werben. Sie wissen, daß jede Abstimmung, in der ein wichtiger sozialdemokratischer Antrag abgelehnt wird, Tausende mit Unzufriedenheit erfüllt und in unser Lager bringt. Darum müssen sie teilweise durchführen, was wir verlangen, wenn sie auch zunächst unsere Anträge ablehnen.

Die Erfolge der Sozialdemokratie sind nicht danach zu messen, wieviel sozialdemokratische Anträge angenommen worden sind. Es ist vielmehr alles, was heute im Interesse der Arbeiter geschieht, auf die Sozialdemokratie zurückzuführen. Der konservative Sozialpolitiker Konstantin Franz gestand in seinem Werke über Sozialpolitik:

„Es ist eine Tatsache, daß es erst der sozialistischen Agitation bedurfte, bis man überhaupt dazu kam, neben all den Gesetzen, die vorzugsweise die Interessen der besitzenden Klasse betreffen, doch auch nebenbei einige Gesetze speziell für die arbeitenden Klassen zu erlassen. Aus eigenem Antriebe und aus der schöpferischen Initiative der Regierungen ist nichts hervorgegangen, sondern das wenige, was in dieser Hinsicht wirklich geschah, läuft der Sache nach selbst nur auf abgeschwächte Gedanken der Sozialisten hinaus. Und sehr erklärlich, da sie eben von allen bestehenden Parteien die einzige Partei sind, die sich ausdrücklich mit den Zuständen und den Bedürfnissen der nur von ihrer Arbeit lebenden Klasse beschäftigt, wie sie auch in diesem Punkte die meiste Sachkenntnis besitzt.“ (Seite 18.)

Bismarck erklärte im deutschen Reichstage am 26. November 1884 unumwunden:

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und sich nicht eine Menge Leute vor ihnen fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, überhaupt nicht gemacht worden sein.“

Der christlichsoziale Minister Geßmann gestand am 18. Februar 1910 in einer Wiener Versammlung:

„Alle die sozialen Reformen, die in den letzten Jahrzehnten geschaffen wurden, zeugen von dem Einfluß der Sozialdemokraten. Die Gesetze über Maximalarbeitstag, Unfallversicherung, Krankenversiche-

rung, Einschränkung, respektive Aufhebung der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w. sind Erfolge, die fast ausschließlich dem Einfluß der Sozialdemokraten zuzuschreiben sind." (Zitiert aus der christlichsozialen „Reichspost" vom 20. Februar 1910.)

Aber das macht unsere Stellung nicht minder schwierig. Fragen, die einstmals ohne viel Streit erledigt werden konnten, rufen heute große Erregung hervor. Im Kampfe um den Arbeiterschutz hatte das Proletariat einst manche Freunde. Die Feudalen sahen nicht ungern, wenn die Profitwut der protzigen Herren der Industrie durch unbequemen Arbeiterschutz gezügelt wurde. Sie wetterten gegen die kapitalistische Ausbeutung. In der Debatte über die Gewerbeordnung, die am 25. Februar 1885 im österreichischen Herrenhause geführt wurde, sagte der Kommissionsberichterstatter Graf Blome in seinem Schlußwort:

„Darüber wird ja keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß jene Industrien, welche sich nur auf Kosten des geistigen und leiblichen Wohles der Arbeiter konkurrenzfähig behaupten können, nicht allein dem Staate und der Gesellschaft nichts nützen, sondern sogar als gemeinschädlich geächtet werden sollten. . . . Angenommen aber, auch die sogenannte Konkurrenzfähigkeit trüge dem Aerar Milliarden ein, so wäre der Gewinn zu teuer erkauft, wenn sie den Pauperismus im Gefolge hätte . . . Wie sehr die Wehrkraft des Landes unter der zunehmenden Verarmung der Arbeiterklassen leidet, darüber dürften im Kriegsministerium nur zu beredte Ziffern zu Gebote stehen. . . . Wie ist Gesittung, Bildung von einer Bevölkerung zu erwarten, die, um dem Hungertode zu entrinnen, sich zu sechzehn- bis achtzehnstündiger Arbeit verstehen muß, wo die Familienväter nur unter Zuhilfenahme von Frauen und Kindern bei der Fabrikarbeit ein kümmerliches Dasein fristen, wo das Familienleben darin besteht, daß Vater, Mutter und Kinder in einer und derselben Fabrik oder in verschiedenen Fabriken einen überlangen Tag hindurch um das tägliche Brot, um die unentbehrlichsten Kleidungsstücke fronen, um dann in ungesunden feuchten Spelunken zusammengepfercht, wenige Stunden der Nachtruhe zu genießen? . . . Dann tritt an die Stelle der Häuslichkeit die Kneipe, die Schenke. Die Armut nimmt rapid zu, die Gesundheit wird vollends untergraben, Hoffnungslosigkeit reißt ein, mit ihr Unsittlichkeit und sozialer Unfriede. Da ist kein Boden für Religiosität, für Gesittung, für Vaterlandsliebe . . . Ich glaube, daß es Verpflichtung der Regierung ist, wie überall, so namentlich in öffentlichen Etablissements — und das sind ja die Fabriken! — den Selbstmord zu verhindern. Und ich frage: Was ist denn eine Ueberarbeit anderes als systematischer Massenselbstmord?" (Stenographische Protokolle des Herrenhauses, IX. Session, II. Band, Seite 1600 ff.)

Heute sprechen die Feudalgrafen nicht mehr so, wenn es sich um den Arbeiterschutz handelt. Sie haben das Liebeswerben um die Arbeiter aufgegeben. „Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihren Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter." (Marx.)

Die Kleinbürger zeterten gegen den „jüdischen" Kapitalismus und traten für den Arbeiterschutz ein, zumal sie sein Geltungsgebiet so abgrenzten, daß sie nicht mitzutun brauchten. Ernest Schneider, der Wortführer der Handwerker, sprach in der Enquete des Abgeordnetenhauses über die Arbeitergesetzgebung am 8. Mai 1883:

„Christus hat gesagt: So du zwei Röcke hast, gib den einen dem, der keinen hat. Die Arbeiter lassen uns unsere Röcke, aber wir sollen ihnen jene Röcke lassen, die sie sich selbst verdienen . . .

Ich will, daß den Arbeitern eine menschenwürdige Existenz geschaffen wird und wenn man mich deshalb einen Sozialisten nennt, dann bin ich stolz darauf, ein Sozialist zu sein, denn ich lege mir diesen Titel als Ehrentitel bei und fordere meine Standesgenossen auf, dasselbe zu tun." (Stenographisches Protokoll der Enquete, Seite 335.)

Und später wurden derselbe Ernest Schneider und seine Partei, die Christlichsozialen, die erbittertsten Feinde jeglichen Arbeiterschutzes. Die Zeiten ändern sich. Die Feudalgrafen sind Industrielle geworden; die Bauern haben die Wirkung der gewerkschaftlichen Kämpfe zu spüren bekommen und klagen schon über die Landflucht, da die besseren Arbeitsbedingungen in der Stadt ihnen ihre Knechte und Kinder abspenstig machen; die städtischen Handwerker fühlen sich durch die Lohnkämpfe der Arbeiter unmittelbar bedroht. Ihr Haß gegen die Kapitalisten hindert sie nicht, sich mit ihnen zu verbinden, da ihr Haß gegen die Arbeiter noch größer ist. Nicht einmal die bürgerlichen Freiheitsrechte werden heute von den bürgerlichen Parteien gewahrt. Sie verzichten lieber selbst auf etwas, nur damit es nicht auch der Sozialdemokratie zugute kommt, und begünstigen mitunter geradezu den Verfassungsbruch, „Läuft man Gefahr, mit der Freiheit um den Besitz zu kommen, so kehrt man lieber zum Absolutismus zurück", sagte schon im Jahre 1849 im Verfassungsausschuß des österreichischen Reichstages ein Abgeordneter in der Verhandlung der Grundrechte. So wird jeder Schritt, den wir machen, immer schwieriger. Wir sind weit stärker als je

zuvor, aber auch unsere Gegner haben gelernt und kämpfen mit anderen Mitteln als einst. Die Entwicklung hat nicht eine Milderung, sondern eine Verschärfung der Gegensätze gebracht.

*

Ist unser Weg am Ende falsch gewesen? Oder sollen wir nicht wenigstens jetzt eine andere Richtung wählen? Erreichen wir mehr, wenn wir allein kämpfen oder wenn wir uns mit anderen Parteien verbünden? In dem großen weitverzweigten Kampf des Proletariats mit seinen wechselnden Situationen sind uns mannigfache Lockungen geboten, von unserem Ziel abzuweichen, wie ja auch die herrschenden Klassen über die Art, wie sie uns bekämpfen sollen, durchaus nicht einig sind. Noch immer glauben die einen, daß brutale Gewalt die Sozialdemokratie zertreten könne. Sie irren dabei genau so wie die anderen, die da meinen, die Arbeiterschaft könne von der Sozialdemokratie abgezogen werden, wenn man ihre Wünsche durch Gewährung ausgiebiger politischer Rechte und sozialer Reformen befriedige. So schwanken die Absichten der Arbeiterfeinde und deshalb traktieren sie die Arbeiter bald mit Zuckerbrot, bald mit der Peitsche.

Die Sozialdemokratie würde nicht klug handeln, wollte sie nicht die Gegensätze ausnützen, die zwischen den Parteien der herrschenden Klassen vorhanden sind. Es kann ihr aber keinen dauernden Erfolg bringen, wenn sie sich mit anderen Parteien verbünden wollte. Unser Endziel ist ja die Eroberung der politischen Macht, die Aufhebung der Klassenherrschaft. Das muß allen zum Bewußtsein gebracht werden, die zur Sozialdemokratie kommen. Das ist aber ein Ziel, dem außer uns keine Partei zustreben kann. Für die anderen — und seien sie noch so radikal — sind soziale Reformen das Endziel ihres Strebens, wir können uns mit ihnen nicht begnügen. Sie heben zwar die Lage des Proletariats, aber sie bringen nicht seine Aufhebung. Wir müssen mit aller Kraft für soziale Reformen eintreten; denn alles, was der Arbeiterschaft nützt, ist uns willkommen. Aber wir wissen, das, was wir am letzten Ende wollen, nicht aus einer Summe sozialer Reformen besteht, die nach und nach erkämpft werden, sondern daß unser letztes Ziel nur erreicht werden kann, wenn wir die politische Macht erobern, wenn das Proletariat zur Herrschaft kommt. Nicht teilzunehmen an der Regierung, nicht mit anderen die Macht zu teilen, ist unsere Absicht. Die ganze Macht in die Hand zu bekommen, um die Arbeitsmittel in das Gemeineigentum des Volkes zu bringen: das

ist unser Begehren. Wollen wir dieses Ziel erreichen, dann dürfen wir uns durch nichts ablenken lassen, dann ist die Erziehung zum Klassenbewußtsein nötig, nicht dessen Trübung.

So unrecht diejenigen haben, die uns anraten, wir sollen uns ohne Rücksicht auf unser sozialistisches Ziel mit allen Leuten verbünden, die soziale Reformen anzustreben vorgeben, so unrecht haben auch die anderen, die da glauben, daß auf soziale Reformen kein Gewicht zu legen ist und wir kurzen Weges auf unser Ziel lossteuern müssen. Sie raten uns, den langen Weg der Kleinarbeit aufzugeben und durch eine große Aktion das Ziel förmlich zu erstürmen. So erklärte im Jahre 1873 ein anarchistischer Kongreß: „Der Generalstreik ist nichts anderes als die soziale Revolution. Denn es genügt, alle Arbeit während nur zehn Tagen einzustellen, damit das gegenwärtige System vollständig zusammenbricht."

Dies ist heute der leitende Gedanke des Syndikalismus. Er verwirft die parlamentarische Betätigung sowie die organisatorische Kleinarbeit und predigt die „direkte Aktion" des Proletariats. „Man braucht die Geldmittel nicht zu verachten; doch nicht von ihnen hängt in erster Linie der Sieg ab; es sind die Begeisterung, das revolutionäre Verhalten, die Stoßkraft der Streikenden, von denen der Sieg zu erwarten ist", sagt der französische Syndikalist Pouget. Darum heben die französischen Gewerkschaften kleine Beiträge ein im Vertrauen „auf die tätige Solidarität, auf die Hilfe, die man den kämpfenden Kameraden bringt". Wenn aber niemand etwas leistet und einer sich auf die Solidarität des anderen verläßt, kann die Hilfe nicht groß sein. Für den großen Eisenbahnerstreik im Jahre 1910 brachten die französischen Syndikalisten rund 15.000 Frcs. auf. Nach Schweden sandten sie im Jahre 1909 ungefähr 7000 Kr., obwohl dort ein Generalstreik durchgeführt wurde.

Wie sehr Worte und Taten der Syndikalisten einander widersprechen, zeigt der Verlauf der Achtstundenbewegung in Frankreich. Mit großen Worten wurde die rasche Erkämpfung des Achtstundentages angekündigt: Ab 1. Mai 1906 werde kein Arbeiter länger als acht Stunden arbeiten, wenn auch die Unternehmer protestieren. Fertig! Aber an jenem Maitage wurden die Gewerkschaftsführer verhaftet, Militär rückte aus und die ganze Bewegung brach rasch zusammen. Wie gründlich sie vorbereitet war, erhellt daraus, daß für die Durchführung in 16 Monaten ganze 21.936 Frcs. gesammelt worden waren! Die schwache syndikalistische Gewerkschaftsbewegung muß bei Streiks Unterstützung für Frauen und Kinder durch

die bürgerlichen Gemeindeverwaltungen in Anspruch nehmen. Die einsichtigen Köpfe der syndikalistischen Bewegung beginnen schon einzusehen, daß sie auf falschem Wege sind. So schrieb die „Guerre Sociale" im Sommer 1911:

„In Bezug auf Organisation besteht in der Tat zwischen der französischen und der deutschen Arbeiterklasse der gleiche Unterschied wie zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs, das in die Reihe der Länder der dritten Klasse zurückversunken ist, und Deutschlands, das sich auf dem besten Wege befindet, auf dem Gebiet der Industrie und des Handels das erste Land der Erde zu werden. Was bedeuten unsere vierhunderttausend der Confédération Générale du Travail angeschlossenen Gewerkschafter gegenüber den zweieinhalb Millionen Mitgliedern der deutschen Generalkommission? Was bedeuten denn unsere fast leeren Gewerkschaftskassen gegenüber den millionenreichen deutschen Kassen?

Was sollen unsere elenden Käseblätter gegenüber den gewerkschaftlichen und sozialistischen Zeitungen mit Riesenauflagen in Deutschland bedeuten? Und was sagen wir zu den elenden Löchern, in denen sich die Büros unserer Gewerkschaften befinden, gegenüber den großen und bequemen, fast luxuriösen Volkshäusern, welche die deutschen Arbeiterorganisationen beherbergen?

Es gibt aber etwas noch Bewunderungswürdigeres als diese großen Mitgliederzahlen und Reichtümer: das ist die Disziplin, mit der die ganze große Arbeiterarmee voranmarschiert, und zwar zu jener Zentralisation, zu der man gezwungenermaßen kommen muß, wenn man nicht nur Scharmützel, sondern Kämpfe der Massen liefern will.

Und wenn man sich dabei der Streitereien erinnert, die bei uns die einen gegen die anderen, Sozialisten, Anarchisten, Gewerkschafter, aufbringen und die auch die geringste gemeinsame Arbeit von vornherein unmöglich machen, muß man dann nicht die deutsche Arbeiterklasse bewundern, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen, obwohl völlig autonom bleibend, Schulter an Schulter zusammenarbeiten in den Tageskämpfen gegen die feindliche Klasse und gegen ihre Regierung?"

Während der Syndikalismus in den romanischen Ländern langsam an Boden verliert, versuchen Wirrköpfe immer von neuem, seine Ideen nach Deutschland und Oesterreich zu verpflanzen. Sie vergessen dabei, daß der Syndikalismus zu den Kinderkrankheiten unserer Arbeiterbewegung gehört hat. So schrieb, die Notlage der Arbeiter besprechend, am 8. März 1883 die Wiener „Zukunft": „Was nützt da der Fabriksinspektor? Was nützt da die bestimmte Zeit? (Der Höchstarbeitstag, der damals eingeführt werden sollte. D. V.) Und sollten die Arbeiter eine Organisation besitzen und diese Uebel zu beseitigen imstande sein, so werden sie auch so

mächtig, um die privatkapitalistische Produktionsweise abzuschaffen. Also keine zweifelhafte Erleichterung der Arbeit, sondern ihre gänzliche Befreiung muß unser einziges Programm sein." Der Standpunkt ist heute überwunden und es wird nicht gelingen, ihn wieder zur Geltung zu bringen. Die Arbeiterklasse hat aus der Geschichte ihrer Bewegung gelernt, daß sie in friedlichen Zeiten nur schrittweise vorwärts zu kommen vermag und daß große Kämpfe, wie sie in Zukunft zu gewärtigen sind, gründlicher Vorbereitung, starker Organisationen und eindringlichster Erziehungsarbeit bedürfen. Die Sozialdemokratie schließt den Streik als politisches Kampfmittel nicht aus ihrem Arsenale aus, aber sie ist sich der Zweischneidigkeit dieser Waffe bewußt. Sie preist den Streik aber auch nicht als ein Allheilmittel. Sie hat erkannt, daß das Proletariat mannigfache Methoden im Klassenkampfe anwenden muß.

So erklärte der deutsche Parteitag zu Jena 1905:

„. . . daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterklasse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig."

Die Sozialdemokratie scheut überhaupt kein Kampfmittel, das zweckmäßig erscheint, sie ist durchaus nicht „gesetzlich" um jeden Preis. Wir lassen uns allerdings nicht überflüssigerweise dorthin locken, wo die Flinte schießt und der Säbel haut. Wir wissen aber, daß unser Arsenal noch andere Waffen birgt als die jetzt in Verwendung stehenden und daß wir nichts zu fürchten haben, wenn der Kampf andere Formen annimmt als heute.

„Ich erwarte" — schrieb einmal der junge Engels — „bloß von dem Fürsten etwas Gutes, dem die Ohrfeigen seines Volkes um den Kopf schwirren und dessen Palastfenster von den Steinwürfen der Revolution zerschmettert werden." Keine Klasse gibt

eben ihre Herrschaft freiwillig aus der Hand. Das haben die Feudalen nicht getan, es ist auch von den heute herrschenden Klassen nicht zu erwarten. Das Bürgertum hat sich — es erinnert sich freilich nicht gerne daran — die Macht nur in großen Kämpfen erobert. Auch das Proletariat wird nur zur Herrschaft gelangen, wenn es den Kampf nicht scheut, und mag er noch so groß sein. „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." (Marx.) Blutige Gewalttaten haben die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geschaffen, Gewalttaten kennzeichnen ihren Weg. Welche Opfer hat nicht die russische Revolution gekostet! Tausende wurden hingerichtet, Zehntausende eingekerkert und verbannt. Von einem „Aderlaß" phantasieren die Scharfmacher immer wieder. Mehr als 1000 Jahre Kerker sind in den Tagen des Sozialistengesetzes über deutsche Arbeiter verhängt worden. Aber seit dem Falle des Ausnahmegesetzes hat sich nichts geändert. Von 1890 bis 1910 sind im Deutschen Reiche über im Dienste der Arbeiterbewegung tätige Personen nicht weniger als 1188 Jahre 5 Monate Gefängnis, 111 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 1 Jahr 6 Monate Festung und 555.934 Mark Geldstrafe verhängt worden. Die Teuerungsdemonstration der Wiener Arbeiter am 17. September 1911 kostete drei Tote und Kerkerstrafen in der Dauer von etwa 60 Jahren. Wie viele Tausende sind schon gemaßregelt, auf die schwarze Liste gesetzt worden! Die Behandlung der Aufrührer und Hetzer wechselt wie die Mode. Einst hat man sie ans Kreuz geschlagen oder lebendig verbrannt, heute läßt man sie verhungern, im Elend zugrunde gehen. Wollten wir heute Harmonie und Frieden predigen, so würde man uns auslachen. Nur der Kampf bringt auch uns vorwärts, auch das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird wohl kein friedliches werden, so wenig wie ihr Anfang friedlich war.

*

Finstere Wolken stehen am Horizont. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden immer größer, aber auch gewichtige politische Fragen tauchen auf.

Das Geschrei des Imperialismus erfüllt die Welt. Die Erde ist dem Kapitalismus zu klein geworden. Die Kapitalisten aller entwickelten Länder treiben ihre Regierungen zu einer Politik, die auf Gewinnung von Kolonialgebiet oder Einflußgebiet gerichtet ist. Die Kapitalisten suchen neue Absatzgebiete für ihre Waren, neue Länder, aus denen sie Rohstoffe holen, in denen sie ihr überschüssiges

Kapital verwerten können. Das führt zu internationalen Konflikten, zu immer größeren Rüstungen, zu stets stärkeren Steuerlasten und ungeheuerlichen Wehrlasten, zu der Gefahr eines Weltkrieges.

Seit dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges und der Niederwerfung der Pariser Kommune hat Mitteleuropa keinen Krieg und keine Revolution mehr gesehen. Das jetzt lebende Geschlecht glaubt darum fast nicht mehr, daß derlei noch möglich sei. Man hat vergessen, daß den drei friedlichen Jahrzehnten ein Vierteljahrhundert stürmischer Entwicklung vorangegangen war, welche die große soziale, politische und nationale Umwälzung gebracht hat. Es war die Zeit der Revolution des Jahres 1848 und der Gegenrevolution, der Verfassungskämpfe und des Erwachens des Proletariats. Es war die Zeit mannigfacher Kriege, die das Kräfteverhältnis der Großmächte bestimmt haben. Es war die Zeit, in der neue Staaten entstanden, in welcher der Kapitalismus die letzten Schranken der feudal-zünftlerischen Epoche beseitigte. Dann aber trat Ruhe ein und die „friedliche" Entwicklung begann, welche die ungeheure Entfaltung der kapitalistischen Kräfte brachte.

Seit zehn Jahren ist es aber in der Welt wieder unruhig geworden. Mannigfache Streitgegenstände gibt es. Deutschland und England stehen in starkem Gegensatz. Sie bemühen sich um Vorderasien, dessen Erschließung ungeheure Gewinne verspricht! Deutschland und Frankreich hadern um Marokkos willen, dessen Erzlager gute Ausbeute erhoffen lassen. Die ostasiatische Frage ist durch den Russisch-Japanischen Krieg nicht gelöst worden. Rußland, das sich auch Persien untertan zu machen sucht, dringt in Ostasien immer weiter vor, während sich auch die anderen Großmächte in China festzusetzen suchen. Die Balkanfrage, die schon zu vielen Konflikten geführt hat, ist mit dem Schwert vorderhand gelöst. Der Staat Albanien, der neu geschaffen wurde, wird den alten Gegensatz zwischen Oesterreich und Italien verschärfen. Der Haß der slawischen Balkanvölker gegen Oesterreich kann leicht zu einem Kampfe führen, dessen Umfang nicht vorherzubestimmen ist. Noch ist der Weltkrieg vermieden worden, der schon wiederholt auszubrechen drohte. Aber schon die Rüstungen für ihn machen die Zustände in den europäischen Großstaaten unerträglich. Sie erfordern fast die Hälfte aller Staatseinnahmen für Militärzwecke, steigern die Schuldenlast der Staaten, deren Regierungen in immer größere Abhängigkeit vom beutegierigen Finanzkapital geraten, und erwürgen die Sozialpolitik. In großartiger Einmütigkeit hat sich das internationale Proletariat

mit einem weltpolitischen Programm zu einer Friedenskundgebung erhoben, als im November 1912 Europa am Vorabend eines ungeheuren Blutvergießens stand, der Balkankrieg zum Weltkrieg werden sollte. Der Baseler Internationale Kongreß zeigte, wie groß die Bedeutung des klassenbewußten Proletariats schon geworden ist. Aber gestützt auf die Armeekorps, hat auch die Staatsgewalt überall eine Stärkung erfahren.

Auf der anderen Seite ist freilich die Revolution lebendig geworden. Wie auch früher, kam sie im Gefolge des Krieges. Den Schlachten in Ostasien folgte im Jahre 1905 die revolutionäre Erhebung des Proletariats in Rußland, welche der ganzen Arbeiterbewegung neue Schwungkraft gab, in Oesterreich zur Eroberung des gleichen Wahlrechtes geführt hat. Marx hat recht behalten: Petersburg und drei Jahre später Konstantinopel wurden Stationen der Revolution. Im Westen hat unterdessen das Portugiesenvolk seinen König davongejagt, in England das Unterhaus durch eine Verfassungsänderung die entscheidende Macht an sich gerissen. Die wichtigste Erscheinung aber ist die Gärung im Osten. Asien erwacht und scheint nun in wenigen Jahren oder Jahrzehnten eine religiöse, soziale und politische Umwälzung durchzumachen, zu der die kleinen europäischen Völker mehrere Jahrhunderte gebraucht haben. Indien, in dem der fünfte Teil der ganzen Menschheit durch eine kleine englische Armee beherrscht wird, erhebt sich aus der Erstarrung. In Persien hat es schon heftige Verfassungskämpfe gegeben. Und das Unwahrscheinlichste ward Ereignis: China ist eine Republik geworden. Wenn einmal ein europäischer Despot gezwungen sein wird, vor der Revolution nach Asien zu flüchten, so wird er dort an der chinesischen Mauer die Inschrift finden: Chinesische Republik. Dieses Wort von Marx ist Wahrheit geworden. Von großen Streiks indischer und chinesischer Kulis berichten die Zeitungen. Die „gelbe Gefahr", mit der das europäische Kapital die weißen Arbeiter zu schrecken gedachte, wandelt sich zu einer Gefahr für das europäische Kapital. Es hat alle Völker der Erde in Unruhe und Bewegung versetzt und so den Weltbrand entzündet, in dem der Kapitalismus sein Ende finden wird.

Ein Zeitalter der Kriege, aber auch ein Zeitalter der Revolutionen ist wieder gekommen. Das Tempo der Entwicklung ist rascher geworden und in wenigen Jahren vollziehen sich Dinge, welche die kühnsten Erwartungen übertreffen.

Tage der Entscheidung nahen heran, in denen die Arbeiterbewegung mit einem Ruck rascher vorwärts kommen kann als in Jahrzehnten friedlicher Entwicklung; in denen sie aber auch um Jahre zurückgeworfen werden kann, wenn sie sich ihrer großen Aufgabe nicht gewachsen zeigt. Noch sind die Herrschenden die Stärkeren. Sie sind Herren nicht nur der Arbeitsmittel in den Fabriken, sie haben auch die Produktionsmittel im Besitz, mit denen der Tod erzeugt wird: Gewehre und Kanonen, Säbel und Bajonette. Und sie sind bereit, diese auch gegen den inneren Feind in Bewegung zu setzen. Ist doch die Armee, wie der österreichische Generalstabschef in seinem Abschiedsbefehl vom 4. Dezember 1911 sagte, dasjenige, an das „schließlich immer appelliert wird, wenn alles andere versagt". Aber wenn auch die Armee versagt? Besteht nicht auch sie in wachsendem Maße aus Proletariern? „Wenn der Arbeiter in seiner Eigenschaft als Soldat versagt, dann eröffnen sich Perspektiven, die geradezu in das absolute Dunkel hineinführen", sagte der Generaldirektor der Witkowitzer Eisenwerke in einem Vortrag.

„Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man die Morgenröte des neuen Tages früher als unten in dem Gewühl des täglichen Lebens." (Lassalle.) Rascher, als wir vermuten, kann sich das Schicksal des Kapitalismus erfüllen und das Proletariat zur Tat gerufen werden. Darum ist es jeden Kämpfers Pflicht, zu sorgen, daß uns der Zukunft großer Tag gerüstet finde.

Auch heute gilt noch, was der junge Marx geschrieben hat:

> „Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein. Bis dahin wird am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten:
>
> „Kampf oder Tod. Blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt." (George Sand.)

5. Der Zukunftsstaat

Wir werden siegen: Das ist heute schon tote Gewißheit. Die kapitalistische Entwicklung macht die sozialistische Gesellschaftsordnung möglich, schafft für sie die Voraussetzungen; das Proletariat will den Sozialismus, weil nur er uns die Ueberführung der Arbeitsmittel aus den Händen der Kapitalisten in den Besitz der Gesamtheit, die Aufhebung der Lohnknechtschaft bringt,

in der die Arbeiterklasse seufzt. Was wir durchführen wollen und können, werden wir auch durchführen, denn die Zahl des Proletariats wächst riesenhaft und es wird jeden Widerstand überwinden. Wir können heute allerdings noch nicht wissen, wie und wann wir siegen werden. Die stete Verschärfung der Gegensätze wird Kämpfe zeitigen, deren Umfang und Art gewaltiger sein werden als die aller Kämpfe, die wir bisher geführt haben. Wir können auch das Tempo der Entwicklung nicht vorausbestimmen. Wir können auch nicht vorhersagen, ob das Proletariat nicht nach einem ersten Sieg noch einmal zurückgeworfen werden wird und neuerlich um die politische Macht wird kämpfen müssen. Nur eines wissen wir: daß die große Umwälzung sich nicht auf einen Schlag vollziehen, daß sie aber sicher kommen wird.

Wenn wir den Gang der kapitalistischen Entwicklung erforschen und nachweisen, daß sie zum Sozialismus führt; wenn wir die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein ihrer Lage und ihrer Aufgabe erfüllen, ihr den Weg zu ihrer Befreiung und das Ziel zeigen, dem sie zustreben muß: dann ist unsere Aufgabe eigentlich gelöst. Unser Parteiprogramm enthält auch weiter nichts.

Aber unsere Gegner geben sich nicht damit zufrieden. Sie wollen von uns noch mehr wissen. Sie verleumden uns bald wegen unserer Gegenwartsarbeit, bald wegen unseres Endzieles. „Ihr wollt" — so rufen sie — „die heutige Ordnung durch eine neue ersetzen. Wie sieht die neue Ordnung aus, die ihr anstrebt? Ehe ich mein Wohnhaus niederreiße, muß ich doch den Plan für ein neues in der Tasche haben. Ihr verdammt den heutigen Klassenstaat. Wie wird euer Zukunftsstaat aussehen?" Und wenn wir darauf antworten, daß wir das nicht wissen, so sagen sie, daß wir Schwindler sind, die den Arbeitern etwas vorgaukeln, ohne sich selbst Gedanken darüber zu machen. Oder sie entwerfen sich selbst ein Bild vom „Zukunftsstaat", den sie bis ins kleinste Detail ausmalen. Dann beginnen sie zu beweisen, daß seine Einrichtungen unpraktisch oder nicht haltbar sind, und wollen so zeigen, daß der Sozialismus unmöglich ist. Ein solcher Neunmalweiser hat auf diese Art zum Beispiel herausgefunden, daß der Sozialismus unhaltbar sei, weil er die Frage des — Stiefelputzens nicht zur Zufriedenheit aller Menschen zu lösen imstande sein wird.

Es ist eine recht unnütze und überflüssige Arbeit, die sich unsere Gegner da aufhalsen. Wer kann heute voraussagen, welche Wandlungen in der österreichischen Politik im nächsten Jahrzehnt

erfolgen werden? Und das ist eine recht harmlose und geringfügige Sache gegenüber einer Umwälzung der gesamten Wirtschaftsordnung, bei der zahllose gewichtige Fragen in Betracht kommen. Hat je eine aufsteigende Klasse, hat das Bürgertum den Verlauf der Revolution, die es zur Herrschaft brachte, und die Einrichtungen des kapitalistischen Klassenstaates vorauszusagen vermocht? Nicht im mindesten! Die Sozialdemokratie erkennt heute besser, als es jemals eine Partei erkannte, welchen Weg sie zu gehen hat; die sozialistische Lehre läßt uns die Richtung der Entwicklung erkennen, wenn wir auch ihre Formen und ihr Tempo nicht vorherzubestimmen vermögen. So bewußt, wie die Arbeiterklasse heute ihre geschichtliche Sendung erfüllt, ist noch niemals eine Klasse ihren Weg gegangen. Aber wir können nicht eine genaue Schilderung einer Gesellschaftsordnung geben, von der wir nicht einmal wissen, wann sie kommen wird.

Denn die sozialistische Gesellschaftsordnung ist nicht von einem Phantasten ausgedacht, sondern wächst aus der kapitalistischen Ordnung heraus. „Die Arbeiterklasse hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben." So schrieb Marx und ein andermal sagte er: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, die also in jeder Beziehung ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorkommt."

Um also ein Bild der sozialistischen Gesellschaftsordnung auch nur in Umrissen zeichnen zu können, müßte man mindestens wissen, welchen Stand die wirtschaftliche Entwicklung in der Zeit erreicht haben wird, in der das Proletariat die politische Macht erobern wird. Wer vermag dies vorauszusagen? Welche Wandlungen wird die Technik uns noch bringen? Der Weise, der den Sozialismus am

Stiefelputzen scheitern ließ, hat schon unrecht. Die „Frage" ist gelöst. Es gibt schon eine Stiefelputzmaschine, die dem Menschen die unangenehme Arbeit abnimmt. Immer mehr erleichtert die Maschinerie dem Menschen die Arbeit oder vielmehr: sie könnte sie ihm erleichtern, wenn die Wirtschaftsordnung vernünftig eingerichtet wäre. Kürzlich ist eine Maschine erfunden worden, die in einer Stunde bei Bedienung durch eine einzige Person 14.400 Teller wäscht. Sie würde, könnte sie allgemein eingeführt werden, ungeheuer viel Arbeit ersparen. Ueberall setzt sich der technische Fortschritt durch. Im heiligen Land Tirol wird zum Läuten der Glocken der Innsbrucker Stadtpfarrkirche seit 1911 eine elektrische Glockenläutmaschine verwendet, die sechs Mann entbehrlich macht. Wer kann sagen, ob nicht weittragende Erfindungen schon in allernächster Zeit das Antlitz der Erde verändern werden? Niemand weiß es, auch die Herrschenden wissen es nicht.

Ist aber deshalb die sozialistische Gesellschaftsordnung nur ein Phantasieprodukt, das Trugbild politischer Gaukler? Nein! Eine Tatsache ist die Lohnknechtschaft, die Ausbeutung der besitzlosen Arbeiter durch die Kapitalisten, die Besitzer der Arbeitsmittel. Eine Tatsache ist es, daß der Kapitalismus die Arbeiter in immer tieferes Elend zu stoßen versucht und daß sich die Arbeiter dagegen wehren müssen, wenn sie nicht in Not und Sklaverei verkommen wollen. Eine Tatsache ist es, daß die Ausbeutung, aus der alle Not und alles Elend der Arbeiterschaft entspringt, nur beseitigt werden kann durch die Enteignung der Kapitalisten, durch den Uebergang der Arbeitsmittel in den Besitz der Arbeitenden. Eine Tatsache ist es, daß die kapitalistische Entwicklung die Erfüllung dieser Forderung möglich macht, indem sie in stets höherem Maße die wirtschaftlichen Voraussetzungen hiefür schafft und das Heer der Proletarier vermehrt, die für die Erfüllung dieser Forderungen kämpfen. Daß wir hiefür kämpfen, unterscheidet uns von allen anderen. Darum ist es gut, unser Endziel immer wieder zu betonen. Dieses Endziel, die sozialistische Ordnung in allen Details zu schildern, ist nicht möglich. Darum sind auch alle „Widerlegungen" des Sozialismus, die die Unhaltbarkeit des „Zukunftsstaates" beweisen wollen, blanker Unsinn.

*

Sehen wir uns einige Argumente der Gegner an! Sie sprechen vom „Zukunftsstaat". Aber wird es denn in der sozialisti-

schen Gesellschaftsordnung überhaupt einen Staat geben? Die Frage erscheint im ersten Augenblick lächerlich. Das Proletariat will doch die Staatsgewalt in seine Hände bringen und führt deshalb seinen großen Kampf. Aber wenn das Proletariat die Staatsgewalt erobert und zur Erreichung seiner Befreiung aus der Lohnknechtschaft benützt haben wird, indem es die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesamtheit bringt, dann ist die Ausbeutung aufgehoben und auch der Staat selbst.

Was ist denn der Staat? Was ist sein Zweck? „Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenerhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren (unterdrücken), das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht „abgeschafft", er stirbt ab." (Engels.)

Wenn der Staat abstirbt, bleibt aber eine Reihe von Funktionen bestehen, die er heute ausübt. Er ist nicht nur Herrschafts-

instrument, sondern auch Verwaltungsapparat. Diese Funktionen werden gerade in der sozialistischen Gesellschaft eine starke Vermehrung erfahren. Die soziale Fürsorge, die heute nur in kümmerlichen Anfängen vorhanden ist, wird in hohem Grad ausgedehnt werden. Und dann wird ja die ganze Produktion zu regeln und zu leiten sein. Der ungeheure Apparat, der hiezu erforderlich ist, wird aber nur der Verwaltung, nicht der Herrschaft dienen, da es keine Herrschaft geben wird, weshalb er also nicht den Charakter des Staates haben wird.

Was wird die erste Aufgabe des siegreichen Proletariats sein müssen? Die Uebernahme der Betriebe in den Besitz des Staates, der — wie wir gesehen haben — wenn diese Aufgabe vollzogen ist, aufhören wird zu sein. In welcher Form sich diese Uebernahme vollziehen wird, das vermögen wir heute nicht zu bestimmen. Vermuten können wir, daß man den Unternehmern die Betriebe nicht zu ihrem Werte abkaufen wird. Täte man dies, so wäre damit nicht viel erreicht. In der Form der Kapitalszinsen hätten die Unternehmer dann dasselbe, was sie früher als Profit bezogen haben. Der Staat wäre nur ihr Kassier. Er muß deshalb ihr Eigentum für verwirkt erklären, eine Konfiskation ihres Vermögens durchführen. Er mag dafür den Unternehmern eine anständige Pension auszahlen — die Summe wird keine Rolle spielen! Man erschrecke nicht ob des „Unrechtes"! Schon Thomas Münzer hat vor vier Jahrhunderten das heilige Eigentum richtig eingeschätzt, als er den Bauern zurief: „Die Herren und Fürsten nahmen erst alles in Besitz, was nicht ihnen gehörte, den Fisch im Wasser und den Vogel in der Luft und was auf der Erde war, und nachher sagten sie: ‚Gott hat befohlen, du sollst nicht stehlen'." Die Vermögenskonfiskation, die das siegreiche Proletariat durchführen wird, ist nicht die erste in der Geschichte. Wir haben gesehen, daß die kapitalistische Entwicklung durch große Vermögenskonfiskationen eingeleitet wurde. Nur daß die bisherigen den Schwachen genommen haben, um den Starken zu geben, während die sozialistische Ordnung den Enterbten zurückgibt, was ihren Vätern genommen worden, und an die Stelle der Ausbeutung die Gemeinschaft der arbeitenden Menschen setzen wird.

Die siegreiche Arbeiterschaft wird konfiszieren, sie wird aber nichts zerstören. Sie wird nicht „teilen", wie die Gegner meinen, sondern das Entgegengesetzte tun: sie wird zusammenfassen. Die Fortschritte der Technik sind im Kleinbetrieb nicht anwendbar,

darum würde selbständiger Alleinbesitz von Arbeitsmitteln den Verzicht auf die Mittel der modernen Technik bedeuten, das heißt einen ungeheuren Rückschritt, eine Verarmung der Gesellschaft. Es wird niemand allein Arbeitsmittel besitzen, dagegen werden alle Teilhaber der großen Betriebe sein. Welche Betriebe der Staat zuerst übernehmen und welche er überhaupt raschest zu erlangen suchen wird, das hängt vom Stande der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Dieser wird auch für die Lösung der Frage maßgebend sein, welche Industrien in den Besitz kleinerer Verwaltungskörper, der Gemeinden, gelangen werden und welche von Anbeginn über die Grenzen eines Staates hinaus internationaler Regelung bedürfen. Den kleinen Besitzern, den Handwerkern und den Bauern, wird man ihr Arbeitseigentum nicht nehmen. Aber sie werden zweifellos bald selbst zur Erkenntnis kommen, welch große Vorteile die genossenschaftliche Produktion bietet. Viele Unternehmer werden sicher auf die Fortführung der Produktion selbst verzichten, weil ihre Stellung gegenüber den Arbeitern unhaltbar geworden sein wird.

Heute bilden die Kleinbauern, die mit veralteten Mitteln in mühsamer Arbeit dem Boden kärglichen Ertrag abringen, die „Grundlage des Staates", wie es die Herrschenden nennen. In der sozialistischen Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Gesamtheit die Einrichtungen der Ordnung bestimmen, wird die Erzeugung von Lebensmitteln nicht armen unwissenden Menschen überlassen bleiben, sondern eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft selbst werden, die alle Errungenschaften der Technik in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen und darum ihren Arbeitsertrag um ein Vielfaches zu steigern vermag. Das wird den Kleinbauern, die von den Grundherren bis dahin noch nicht verschluckt, vom Steuerexekutor oder Hypothekargläubiger noch nicht von Haus und Hof verjagt sein werden, bald von selbst einleuchten. Ihr Sonderinteresse wird befriedigt werden, ohne daß das Gesamtinteresse darunter leidet.

Für die Gesellschaft wird es dann die dringendste Frage sein, die gesamte Produktion sorgfältig zu regeln und zu leiten. Sie wird nur die Betriebe weiterführen, die zur Produktion am geeignetsten sind. Sie wird alle veralteten Arbeitsmethoden abschaffen und auf die praktischeste Art produzieren lassen. Was in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Ergebnis langwieriger Konkurrenzkämpfe ist, wird in der sozialistischen Gesellschaft im Inter-

esse der Gesamtheit auf die rascheste Weise durchgeführt werden. So wird die Produktion in hohem Maße verbilligt werden. Dazu kommt noch, daß alle Kosten, die heute die Unternehmer für ein Heer von Agenten und für Reklamezwecke aufwenden — die Einnahmen der reichsdeutschen Zeitungen aus Inseratengebühren wurden für 1908 auf 412 Millionen Mark geschätzt — wegfallen werden. Dadurch wird aber auch eine große Zahl von Arbeitskräften frei, die nun in der Produktion Verwendung finden werden. Da die Produktion nicht planlos wie heute sein, sondern sich nach dem Bedarf richten wird, so kann eine Regelung erfolgen, die zwecklosen Arbeitsaufwand ersparen wird. Diese Tatsachen lassen uns schon heute erkennen, daß die Arbeitszeit wesentlich verkürzt werden wird. Für das Deutsche Reich wurde in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts berechnet, daß bei ausschließlicher Anwendung der damals bereits bekannten besten Arbeitsmethoden und geregelter Produktion die Arbeitszeit auf die Hälfte verringert und der Lohn dabei auf das Dreifache seiner damaligen Höhe hätte gesteigert werden können. Jede technische Verbesserung, jede neue Erfindung hat in der kapitalistischen Ordnung nur Arbeiterentlassungen, also Not und Entbehrung, und stärkeren Druck auf die Arbeiter zur Folge. In der sozialistischen Gesellschaft wird jede Verbesserung der Arbeitsmethode eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Steigerung des Einkommens für alle bringen. Heute ist der Lohn um so geringer, je größer das Angebot von Arbeitern ist. In der sozialistischen Ordnung wird das Umgekehrte eintreten: Je größer die Zahl der Arbeitenden, desto mehr wird produziert, desto größer wird also das Einkommen jedes einzelnen werden. Dabei müssen wir damit rechnen, daß die Wissenschaft noch ungeahnte Fortschritte machen wird und arbeitsparende Umwälzungen sich vollziehen werden, von denen wir uns heute noch gar keine Vorstellung machen können.

Darum ist es ganz falsch zu behaupten, daß der Sozialismus zwar die Gleichheit, aber nur die Gleichheit des Elends bringen wird. „Es gibt hienieden Brot genug für alle Menschenkinder." Schon der Kapitalismus hat den Wohlstand ungeheuer vermehrt und allen Menschen die Befriedigung von Bedürfnissen ermöglicht, die vordem nicht denkbar gewesen wäre. Einst wurde die Gemahlin des französischen Königs Karl VII. beneidet, weil sie — mehr als zwei Leinwandhemden besaß. Als Kaiser Heinrich IV. den Buß-

gang nach Canossa antrat, war das Reisen noch nicht so bequem wie heute. Er mußte den Weg über die Alpen nehmen, durch die jetzt Tunnels gebohrt sind. „Kriechend auf Händen und Füßen" — so erzählt die Geschichte — „oder die Schultern der Führer umklammernd, bald strauchelnd, bald weite Strecken hinabrollend, kamen die Männer endlich herunter. Die Königin und ihre Dienerinnen wurden auf Rindshäuten hinabgezogen." Heute reisen nicht nur Monarchen anders. In der sozialistischen Gesellschaft werden der Fortschritt der Technik und die planmäßige Produktionsweise allen Menschen ein erträgliches Dasein gestatten.

Wieviel jeder bekommen wird, vermag natürlich nicht vorausbestimmt zu werden, wird auch je nach dem Arbeitsertrag zu verschiedenen Zeiten verschieden sein. „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!" (Karl Marx.)

Es wird freilich nie der ganze Ertrag der Arbeit verteilt werden können. Man wird ja die Produktion fortwährend steigern, also Mittel zur Erweiterung der Betriebe verwenden müssen. Außerdem werden die großen gesellschaftlichen Einrichtungen für Kinder und Greise, für Kranke und Arbeitsunfähige, ferner die vielen Kulturaufgaben der Gesamtheit, zum Beispiel das Schulwesen, ungeheure Kosten verursachen, die natürlich von dem Ertrag der Arbeit zu decken sein werden.

Aber werden denn alle Arbeitsfähigen auch arbeiten wollen? Heute zwingt sie der Hunger zur Arbeit; wer wird noch arbeiten wollen, wenn er seine Bedürfnisse auch ohne Arbeit befriedigen kann? So fragen heute viele, und zwar in der Regel solche, die selbst — nichts arbeiten! In der sozialistischen Ordnung wird zweifellos die Pflicht zur Arbeit für alle Arbeitsfähigen bestehen. Das scheint nur schrecklich, wenn man an die lange Arbeitszeit, an die elenden Löhne und die schlechten Arbeitsräume von

heute denkt! Alle diese Umstände, die heute die Arbeit reizlos und unangenehm erscheinen lassen, sie den Menschen zur Qual machen, werden in der sozialistischen Ordnung verschwinden. Sie wird sicher auch dafür sorgen, daß die Menschen zur Arbeit erzogen werden. Die Freiheit der Arbeitsbedingungen wird freilich aufhören, es wird sich jeder einordnen müssen. Aber ohne Disziplin ist eine geordnete Produktion undenkbar. Und überdies hat diese Freiheit auch in der kapitalistischen Ordnung mit ihren Kartellen schon längst aufgehört; der Zwang, dem heute der stets von der Hungerpeitsche bedrohte Arbeiter ausgesetzt ist, hat einen beträchtlichen Grad erreicht. Wie viele Menschen sind heute unzufrieden mit ihrem Berufe, wie wenige können ihn ändern! Die ganze Gesellschaft wird heute von wenigen Kapitalisten tyrannisiert. Das sehen mitunter sogar die Staatslenker selbst ein. So sagt der Motivenbericht, den die österreichische Regierung der Gesetzesvorlage betreffend die Aenderung des allgemeinen Berggesetzes im Jänner 1909 beigegeben hat:

„Eine andere vom Standpunkt des Gemeinwohls unerwünschte Entwicklung, welche sich auf dem Gebiete der Bergbauindustrie in immer steigendem Maße vollzogen hat, ist in der übermäßigen Konzentration des Bergwerksbesitzes zu erblicken. Es ist zwar eine anerkannte Tatsache, daß der Bergbau sich schon seiner Natur nach für den Kleinbetrieb wenig eignet und daß speziell der Kohlenbergbau unter den heutigen Verhältnissen nur als Großbetrieb in den Händen kapitalskräftiger Unternehmen richtig gedeihen und seinen sozialen Pflichten verläßlich Genüge leisten kann. Von diesem Gesichtspunkt aus stellt die Konzentration im Bergbau eine Entwicklung dar, welche weder aufgehalten werden kann noch grundsätzlich zu verwerfen ist, allerdings nur so lange, als sie nicht monopolistisch ausartet. Gerade in dieser Hinsicht aber hat die Entwicklung der letzten Jahre zu Bedenken Anlaß gegeben. Die Konzentration des Bergwerksbesitzes in den Händen weniger großkapitalistischer Gruppen ist in einem Maße vorgeschritten, welches unverkennbar auf monopolistische Bestrebungen hindeutet. Das Vorhandensein solcher Bestrebungen — die sich mindestens in demselben Maße auch im Kohlenhandel äußern — bedeutet aber zweifellos eine wirtschaftliche Gefahr für die Gesamtheit der Kohlenverbraucher und damit für das Gemeinwohl überhaupt. Jedenfalls ist es kein gesunder Zustand, wenn die Versorgung eines Landes mit einem der wichtigsten Gegenstände des allgemeinen Bedarfes im wesentlichen von den geschäftlichen Verfügungen und — was sehr nahe liegt — auch von den Verabredungen eines kleinen Kreises von Unternehmern abhängig ist. Die Gefahr einer ungenügenden Versorgung des Marktes bei gleichzeitiger Bedeckung des Konsums durch

eine unmäßige Preispolitik ist unter solchen Umständen mindestens nicht ausgeschlossen."

Wo es der Staat im Interesse der Kapitalisten für zweckmäßig erachtet, dort regelt er heute schon die Produktion. Das geschah im Jahre 1910 auf gesetzlichem Wege für den Kalibergbau des Deutschen Reiches. Auch Höchstpreise für die Kalisalze wurden festgesetzt. Im Herbst 1913 hat die deutsche Regierung in Südwestafrika für jedes Kalenderjahr ein Höchstausmaß der zur Verwertung gelangenden Diamanten für jeden Förderer festgesetzt, also von Staats wegen den Umfang der Produktion bestimmt.

*

Die sozialistische Gesellschaft wird die wirtschaftliche Existenz aller Menschen sichern und so erst die volle Entfaltung aller Kräfte ermöglichen, allen Menschen das Leben erst lebenswert machen. Während heute die große Mehrzahl der Menschen nur arbeitet, um einer kleinen Minderheit ein genußreiches Dasein zu verschaffen, werden in Zukunft alle Menschen arbeiten müssen, aber auch alle genießen und sich entwickeln können.

Es gab Leute, die an den Sieg des Sozialismus glaubten, denen er aber als der Untergang aller Kultur erschien. Sie nahmen an, die „materialistischen" Sozialdemokraten hätten nur ein Interesse daran, daß allen Menschen der Magen gefüllt werde. Selbst Heinrich Heine klagt einmal:

„Nur mit Schrecken und Grausen denke ich an die Epoche, wo diese finsteren Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden. Mit ihren schwieligen Händen werden sie erbarmungslos alle Marmorstatuen der Schönheit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind; sie werden all jenes phantastische Spielzeug und Flitterwerk der Kunst zertrümmern, das der Poet so sehr geliebt; sie werden meine Lorbeerhaine fällen und dort Kartoffeln pflanzen; die Lilien, welche nicht spinnten noch arbeiteten und doch herrlicher gekleidet waren wie König Salomo in all seiner Pracht, sie werden dann ausgerauft aus dem Boden der Gesellschaft, falls sie nicht etwa die Spindel zur Hand nehmen wollen; die Rosen, diese müßigen Bräute der Nachtigallen, wird das gleiche Los ereilen; die Nachtigallen, die unnützen Sänger, werden fortgejagt, und ach! mein »Buch der Lieder« wird dem Gewürzkrämer dienen, um daraus Düten zu drehen, in die er Kaffee schütten wird oder Schnupftabak für die alten Weiber der Zukunft. Ach! ich sehe dies alles voraus und mich beschleicht unsägliche Trauer, wenn ich an den Untergang denke, mit dem das siegreiche Proletariat meine Verse bedroht, die ins Grab sinken werden mit der ganzen alten romantischen Welt."

Lebte der Dichter noch, er würde erkennen, wie sehr er sich geirrt, wie gerade die heutige Gesellschaftsordnung Talente verkümmern läßt, indem sie die Lebenszeit der übergroßen Mehrheit in Arbeitszeit für das Kapital verwandelt, die Teilnahme an den Gütern der Kultur zu einem Vorrecht der besitzenden Klassen macht, wie sie geradezu auf der Kulturlosigkeit der Massen begründet ist. Erst die sozialistische Gesellschaftsordnung wird mit der Vergesellschaftung der Arbeitsmittel auch die Kultur zu einem Gemeingut aller machen. Der Sieg des Sozialismus wird den Hunger des Magens stillen, aber den Hunger nach geistigen Genüssen wecken und mehren, die Pforten zu den Hallen der Kunst und den Stätten der Wissenschaft allen Menschen erschließen. Die soziale Frage muß freilich zuerst gelöst sein. Darin stimmen die „materialistischen" Sozialdemokraten mit den größten Idealisten, mit des deutschen Volkes hervorragendsten Dichtern, mit Schiller und Goethe, überein. „Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat; aber er muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll." (Schiller.) „Von unten herauf muß die Gesellschaft gebaut sein, auf der materiellen Grundlage der Bedürfnisse. Erst das Nützliche: Essen, Trinken, Wohnen, Schlafen, Kleidung und Heizung; dann das Wahre, die Durchdringung des Nützlichen mit menschlicher, sittlicher Lebensanschauung; und zuletzt als Krone das um seiner selbst willen bezweckte Schöne, die Kuppel auf dem Dome der Gesellschaft." (Goethe.)

Im kämpfenden Proletariat regt sich schon heute die „bessere Natur". Der Arbeiter, der nach getaner Arbeit nicht ruht, sondern zu lernen anfängt, was ihm die kärgliche Schule versagt hat, aus allen Quellen des Wissens zu schöpfen versucht, ist heute längst keine Ausnahmserscheinung mehr. Die wahre Volksbildung, wie sie der Philosoph Fichte gemeint hat, dessen Worte die Nationalisten so gerne in den Mund nehmen, „die nicht mehr den hochmütigen Unterschied eines gebildeten Standes von einer in bloßer Erwerbsarbeit aufgehenden Schichte duldet", die „nicht anders wirklich besteht und sich entfalten kann denn als Bildung des Volkes in allen seinen Teilen", wird erst durch die sozialistische Gesellschaftsordnung ermöglicht werden.

Für eine sozialistische Gesellschaftsordnung sind die Menschen noch nicht reif! so hören wir öfter. Das ist ein bekanntes Wort. So oft die Völker nach Rechten strebten, haben die Herrschenden ge-

sagt: Ihr seid nicht reif dazu! Bis das Volk sich das Recht genommen und so den Beweis seiner Reife erbracht hat... Man kann eine Gesellschaftsklasse nicht wie einen Schuljungen einer Reifeprüfung unterziehen. Aber an ihrer Tätigkeit läßt sich erkennen, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen ist. Dem kämpfenden Proletariat, das aus den Tiefen der Unwissenheit und Verzweiflung emporgestiegen ist, sind schon große Aufgaben zugefallen; es hat sie gelöst und oft genug größere Reife dabei bekundet als die Herrschenden selbst. Sein Aufstieg verkörpert sich in den Vorkämpfern, die aus seinen Reihen hervorgegangen sind, so in dem Drechslergehilfen August Bebel, von dem der große Geschichtschreiber Mommsen sagte: man könnte mit seinem Kopf ein Dutzend Junker ausstatten, daß jeder von ihnen noch eine Leuchte wäre. Die Eigenschaften, die zur Durchführung der sozialistischen Ordnung vor allem notwendig sein werden, besitzt das Proletariat in hohem Grade: Organisationstalent und Disziplin. Sie sind ihm vom Kapitalismus anerzogen worden, sie sind in den großen Kämpfen gediehen, die das Proletariat um die Verwirklichung des Sozialismus zu führen hat. Darum braucht uns vor der Zukunft nicht bange sein.

Mit der sozialistischen Gesellschaft schließt natürlich die Entwicklung der Menschheit nicht ab; mit ihrem Entstehen endet vielmehr erst die Vorgeschichte der Menschheit, die erfüllt ist von jahrtausendelangen Kämpfen um die Sicherung der Existenz der Menschen. Der Sozialismus wird diese Frage lösen, die das Schicksal der Erdenkinder so lange Zeit bestimmt hat, und die Bahn freimachen für den Aufstieg der Menschheit zu lichten Höhen.

Dann wird die Erde aufhören, ein Jammertal zu sein, in dem neben wenigen Glücklichen zahllose Unglückliche hausen und die Freude seltener anzutreffen ist als die Verzweiflung. Das goldene Zeitalter, von dem alle Völker träumen, wird zur Wirklichkeit werden. Das Leben wird nicht mehr als eine Qual erscheinen, für die der Trost im Jenseits winkt. Man wird nicht mehr die Toten beneiden müssen, weil sie „es überstanden" haben, wie man heute zu sagen pflegt. Arbeitsfreudige und lebensfrohe Menschen werden auf Erden wandeln. Der Himmel bleibt den Engeln und den Spatzen.